

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich am Sonntag.
Bezugspreis monatlich 48 Pf., vierteljährlich 1,35 RM., einschließlich Postgebühren. In den Abbestellstellen monatlich 40 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 RM., einschließlich Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf.

Anzeigenpreise:
Die gespaltene Zeile 30 Pfg. für auswärts 35 Pfg., die 2 gespaltene Restameile 1 RM. Arbeitsmarkt und Wohnm. angelegen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 52

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 31

Danzig, Sonnabend den 3. August 1918.

9. Jahrgang

Völkerschicksal

Im Vollenbung des vierten Kriegsjahres

Die Sense fruchtet in dem ersten reifen Korn. Der Wind weht über die ersten Stoppeln.

Und wieder ertönt das Gedenken des Menschen aus den geistigen und materiellen Wirnissen der Kriegsgegenwart zurück zu den letzten Julitagen 1914. Kein Gedächtnis ist zu schmerzhaft, um nicht seinem Träger die letzten Ereignisse vor dem unheimlichen Weltumsturz in plastischer Deutlichkeit vor Augen zu stellen: die Lage der unerträglichen Spannung, den Tag der Erklärung des Kriegszustandes. Das Aufstöhnen der letzten Hoffnungsfunken: der Kriegszustand ist noch nicht der Krieg! Und schließlich das Zerstampfen dieses Trostfünkchens vor der Wucht der Nachricht: die Mobilmachung beginnt! Der mächtigere Schächer Krieg nahm dem Mäher die Sense aus der Hand: Von nun an sollst Du Menschen mähen! Vielleicht selbst geschlachtet werden. Der Krieg leerte die Werkstätten und Schreibstuben. Er riß Mann und Frau auseinander, führte die Väter von ihren Kindern, nahm den wehftöpfigen und gebückten Alten den Trost und die Stützen ihrer letzten Tage.

Der Landwehrmann Schulze, der in den letzten Mobilmachungstagen sich stellen mußte, wehrte lächelnd ab, als ihm seine Frau Wollschum und Unterzeug zum Mitnehmen einpacken wollte: Bis zum Winter sind wir längst wieder zu Hause! Glaub' ja nicht, daß das lange dauern kann!

Nun vollenden wir das vierte Kriegsjahr und der Landwehrmann Schulze und die vielen, vielen anderen, die seine Meinung über die Kriegsdauer teilen, wissen nicht zu sagen, wann es der Menschheit gelingen wird, den grauen Zeitgenossen Krieg aufs Altenteil der Weltgeschichte zu setzen. Das Menschenauge tastet Tag um Tag die Nachrichtenpakete der Zeitungen ab nach dem Friedenszeichen, nach dem das Herz höher schlägt. Wieder nichts! Keine Aussicht, an der es sich aufhängen könnte. Nichts! Seit vier Jahren...

Und doch: Der Hoffnung auf eine baldige Beendigung des Krieges konnte sich nur hingeben, wer über die wahre Konstellation, die zum Ausbruch des Krieges geführt, sich täuschte. Deren Zahl ist groß. Und wie könnte es anders sein? Haben wir doch noch vor kurzem aus dem Munde eines deutschen Staatssekretärs des Auswärtigen, des Herrn von Kühlmann, in der bekannten Reichstagsrede Worte gehört, die darauf schließen lassen, daß er die Kriegsursache auf der Seite Rußlands sieht. Es braucht hier nicht untersucht zu werden, ob die Annahme, Herr von Kühlmann habe diesen Teil seiner Ausführungen aus tatsächlichen Gründen gemacht, nahe oder fern liegt, jedenfalls besteht die Tatsache, daß selbst heute, am Ende des vierten Kriegsjahres, der Charakter dieses Krieges noch vielfach verkannt wird, dieser Charakter, der die lange Dauer des Krieges, die Zähigkeit und Erbitterung, mit denen er geführt wird, sowie die Schwierigkeiten, die sich dem Frieden entgegenstellen, deutlich erklärt.

Der große Krieg von 1914 ist einer der Kriege Englands mit einem seiner augenblicklichen ernsthaftesten europäischen

Mitbewerber um die Priorität auf dem Weltmarkt. Vielleicht könnte man statt „Priorität auf dem Weltmarkt“ auch sagen: um die Weltherrschaft, aber das läuft unter dem kapitalistischen Wirtschaftsprinzip auf eins hinaus. Unter allen Umständen ist das äußerliche Charakteristikum dieses Krieges das, das auch alle anderen Kriege, die England geführt hat, kennzeichnet: die lange Dauer, die Zähigkeit, die Unversöhnlichkeit.

Englands Kriege zerfallen in großen und ganzen in zwei Kategorien: in die Kolonialkriege, die bis zur Unterwerfung außereuropäischer Völker geführt werden, und in die europäischen Kriege, die das Ziel haben, den aussichtsreichen Mitbewerber um die Weltherrschaft oder die Priorität auf dem Weltmarkt auszuschalten. In seinen europäischen Kriegen hat England diesen Zweck bisher immer erreicht. Es hat bereits, ehe es an kolonialisatorische Erwerbungen ging, die Reiche, die als Mitbewerber in Betracht kamen, durch Kriege geschwächt, und es hat, nachdem es Kolonialmacht geworden war, diese Kolonien zu ungeheurer Ausdehnung gebracht auf Kosten der französischen, spanischen und holländischen Mitbewerber.

Die Geschichte der europäischen Kriege Englands zeigt dem auch eine wunderbar folgerichtige Entwicklungslinie. Alle Reiche, mit denen England in den Krieg eintritt, haben jedesmal den Stand der politischen und wirtschaftlichen Qualifikation erreicht, um als Mitbewerber um die Weltherrschaft aufzutreten. In der zeitlichen Reihenfolge, in der sie diese Entwicklungsstufe erlangten, geraten sie in Konflikt mit England. Es ist kein Zufall, daß die drei europäischen Reiche, die ihre günstige Lage an der See ganz besonders zu überseeischen Unternehmungen vorausbestimmte, lange und furchtbare Kriege mit England zu führen hatten: Spanien, Frankreich, die Niederlande.

Es ist nur natürlich, daß Deutschland in diesem blutigen Reigen am Ende der Reihe gestanden hat. Deutschlands Politik wurde bis fast zum Ende des vorigen Jahrhunderts bestimmt durch seine Rolle als Kernstaat Europas. Seine geographische Lage in der Mitte unseres Erdteils stellte ganz besondere Aufgaben und brachte ganz bestimmte Orientierungen mit sich. Die großen Handelsunternehmungen, die wirklichen politischen Beigeschmack haben, liegen in den Händen der Hanse und gehen in ihrem Grundzuge nach dem Osten. Später wird Deutschland durch den 30-jährigen Krieg lange in der Entwicklung zurückgeworfen und gehemmt.

Doch: Als es geeinigt dastehet, als sich seine kommerzielle und industrielle Leistungsfähigkeit entwickelt, als es mit seiner Handelsquote England zu erreichen beginnt, da beginnt auch die Einkreuzung durch England. Eduard VII. bemüht geschickt die vorliegenden Fäden und knüpft das Netz der neuen Entente.

Es ist der größte Fehler Bismarcks in der auswärtigen Politik, die kommende Auseinandersetzung Englands mit Deutschland nicht vorausgesehen oder diese Voraussicht nicht mit genügend hohen Posten in seine außenpolitische Rechnung eingestrichelt zu haben. Die Behandlung Frankreichs durch

Deutschland hat der Kontinentalpolitik Englands gegen Deutschland in einer Weise vorgearbeitet, wie sie die englischen Staatsmänner sich nicht paßlicher hätten bestellen können. Der durch diese Behandlung aufgestachelte Revanchewahn der Franzosen ist das bindende Element gewesen, das die Entente zusammengehalten hat.

England führt nun seinen „Verteidigungskrieg“, den Krieg zur Verteidigung seiner Weltmachtstellung. Den wahren Verteidigungskrieg führt allerdings Deutschland: den Krieg seiner faktischen Verteidigung gegen England, das die halbe Welt zusammengebracht hat, um Deutschland in der Auswirkung seiner Entwicklungsmöglichkeiten zu hindern, wie es seine andern europäischen Mitbewerber ebenfalls gehindert hat.

Das von Haus aus keine Inselreich ist auf einer Höhe der Macht angelangt, auf der es entweder behält, die Höhe ist erreicht oder es soll noch höher gehen, ohne daß die Mittel, mit denen der Weitertrieb bewerkstelligt wird, eine Rolle spielen. In dieser Situation ist ein Reich nicht mehr Herr bei der Entscheidung über Krieg und Frieden. Es lohnt sich noch immer, wenn England einen Mitbewerber niederzuschlagen. Und selbst aus einem für das Inselreich minder glücklichen Kriege gegen einen Mitbewerber ging dieser in der Regel so geschwächt hervor, daß England seinen Zweck, die Ausschaltung, erreichte.

Hier liegen die ungeheuren Schwierigkeiten, zu einem Frieden zu kommen. Keiner der Kriegsbeteiligten mag es, sich mit so brutalen Mitteln gegen den Frieden zu wehren, wie England. Die Verweigerung der Bässe für die Kongressdelegierten und der Fall Trosselstra sind unüberlegbare Zeugnisse dafür, daß England noch keinen Frieden brauchen kann. Und warum es keinen Frieden will, dafür finden wir die Erklärung in seiner Weltmachtstellung. Beherricher der halben Welt zu sein und aus einem Kriege von der Bedeutung des jetzigen als halb Unterlegener hervorzugehen, — diese beiden Rollen lassen sich nicht in einer Gestalt vereinigen.

Wir als Sozialdemokraten haben wiederholt gesehen, daß England auch in die von uns angestrebten Friedensaktionen störend eingegriffen hat. Das muß am Ende des vierten Kriegsjahres vor aller Welt und angesichts der riesigen Opfer dieses Krieges betont werden. Davon, daß die englischen Arbeiter sich ernstlich gegen diese Anti-Friedenspolitik gewehrt hätten, haben wir leider bisher nur wenig vernommen. Die Arbeiter Deutschlands und vielleicht auch die Franzosen hätten sich das nicht gefallen lassen! Das steht fest.

Trotzdem wird die Sozialdemokratie ihre Friedensbestrebungen fortsetzen. Sie wird ihren Eifer in dieser Hinsicht steigern, je länger der Krieg dauert. Und sie hegt die Hoffnung, daß ihre Friedensarbeit mit dazu beitragen wird, die Friedensströmung in den andern kriegführenden Ländern derart zu steigern, daß bald, recht bald allüberall mit dem Dichter gelangen werden kann:

Dem die Völker wollen Frieden,
Frieden jedes Menschenherz!

Mobilmachung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie

Es gibt bekanntlich eine Menge reicher Leute, denen es nicht vergönnt ist, ihren Patriotismus durch Teilnahme an den Kämpfen auf den Schlachtfeldern zu betätigen, sondern die zu ihrem Schmerze verurteilt sind, zu Hause zu bleiben, wo sie riesige Gewinne anhäufen und Schätze ansammeln, die ins Archivarische gehen. Da man diese Kriegsgewinnler nicht gegen den äußeren Feind zu Felde ziehen können, so wollen sie ihre Kräfte nach dem Kriege wenigstens gegen den inneren Feind

anzuwenden, als den sie noch immer die deutsche Sozialdemokratie ansehen. Das beweist ein

Aufruf des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, dessen von der Leitung dieser Organisation erlassen wurde und folgenden Wortlaut hat:

Berlin SW., 11. im Juli 1918.
Deffauer Str. 30.

Euer Hochwohlgeboren!

Die Hochstimmung des ersten Augusttages des Jahres 1914 bei der langen Dauer des Krieges verflohen, Verbitterung herrscht in weiten Schichten des deutschen Volkes. Der Gedanke, die sozialdemokratische Arbeiterklasse, die doch mit uns am Leben und Sein kämpft wie alle übrigen Volksglieder, durch fortwährende Jugendübungen bei guter Laune zu erhalten und sie für die Erfüllung ihrer Pflichten zu betohenen, trägt unheimliche Früchte.

Das deutsche Wirtschaftsleben, das, durch verfehlte staatspolitische Maßnahmen schon genug geschädigt ist, geht nach dem

Frieden schweren Erschütterungen entgegen. Festige Lohnkämpfe nach dem Kriege sind zu erwarten. Die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, daß der nächste Reichstag die Durchführung des verhängnisvollen Bismarckschen Grundgesetzes „des Schutzes der nationalen Arbeit in Stadt und Land“ nicht mehr gewähren wird. Dann würden Reichstagsauflösungen sich häufen, wenn die bürgerlichen Parteien, die auf dem Boden obigen Grundgesetzes stehen, sich nicht erfolgreich zusammenschließen, um der roten Flut einen Damm entgegenzusetzen.

Da gilt es, beizeiten zu rüsten, um die drohenden politischen und wirtschaftlichen Kämpfe bestehen zu können. Der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ muß abermals, wie vor den Wahlen des Jahres 1907, eine umfassende und großzügige Aufklärungsarbeit in die Hand nehmen. Dazu bedarf es erheblicher Mittel und ist am Werke, um diese Arbeit leisten zu können, einen Wahlschatz zu sammeln.

Wollen wir nicht russischen Zuständen entgegensehen, wird Opferwilligkeit zur rechten Zeit unerlässlich sein, um den Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft zu verhüten.

Wer die Zeiten der Zeit erkennt und dafür ist, daß mit der Fackel der Wahrheit in die weitesten Volkstriebe hineingeleuchtet wird, um schwere Schädigungen des Volksganzen zu verhüten, setzt sich dem späteren Vorwurf nicht aus: Du hättest rechtzeitig das Deine dazu beitragen können, die drohende Gefahr abzuwehren.

Wir richten daher an Ew. Hochwohlgeboren die dringende Bitte, zu unserem Wahlschatz nach Kräften beizusteuern, um darauf hinzuwirken, daß nicht die Beste Gleichgültigkeit proletarischer Masseninstinkte auf den Trümmern der bürgerlichen Gesellschaft und unserer Wirtschaftsordnung die Welt regiert.

Wir sind im Verteidigungskrieg gegen den sozialdemokratischen Angriff. Zum Kriegführen gehört aber Geld, Geld und nochmals Geld! Wir hoffen, daß unser Appell an Ihre oft bewährte Opferwilligkeit auch diesmal nicht vergebens sein wird und zeichnen

mit vorzüglicher Hochachtung
ergebenste

Hauptstelle des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie,
Der Vorstand des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie,

- Birkl. Geh. Rat Graf von Arnim, M. d. S., Muskau.
- Oberstleutnant a. D. Graf von Blücher, Postdam.
- Genrat d. Inf. 3. D. von der Boed.
- Birkl. Geh. Rat von Dietzen, M. d. S., Gröbzigberg.
- Landrat a. D. Graf zu Dohna, Potsdam.
- Landrat a. D. Dr. von Gohlar, M. d. S., Schäß bei Gehrau.
- Geh. Justizrat Haarmann, M. d. S., Dortmund.
- Syndikus Girsch, M. d. S. und A., Essen.
- Generaldirekt. Reg.-Kat a. D. Kleindorff, Schloss Waidenburg.
- General d. Inf. 3. D. von Liebert, M. d. S. (i. Verf.), Berlin.
- Fürst von Pleß, M. d. S., Fürstenstein.
- Direktor Dr. Ruhnow, Berlin.
- Landrat a. D. Röger, M. d. S., Berlin.
- Geh. Regierungsrat Dr. Schmidt, Berlin.
- Geh. Kommerzienrat Borster, M. d. S., Köln.
- Landgerichtsdirektor Dr. Wagener, Dresden.

Der Aufruf erinnert rechtzeitig daran, daß nach dem Krieg der zweite Entscheidungskampf um die Zukunft Deutschlands beginnen wird.

Fragen der Kohlenversorgung

Je kürzer die Tage werden, desto näher rückt die Sorge um die Hausbrandkohlen. Unsere heimische Kohlenförderung...

Die Sommermonate sind aus mehreren Gründen für die Anlieferung von Hausbrandkohlen am günstigsten. Vor allen Dingen tritt dann der im Herbst in der Regel stark einsetzende Waggomangel am schwächsten auf...

Die Kohlamtät scheint demnach diesmal schon frühzeitig einzutreten. „Schafft mehr Kohlen!“ heißt es in jenen Zuschriften, klingt es heraus aus den Presseberichten über die Kohlenmärkte...

Die Reichstagskommission beschloß, den Reichskanzler zu ersuchen, „mit allen Mitteln die Kohlenförderung zu steigern“. Dieserhalb die Bergarbeiterzahl zu erhöhen, die Abfuhr zu forcieren, bevor die Beförderung der neuen Ernte unsere Transportmittel in ausschlaggebender Weise in Anspruch nähme...

Jedenfalls ist es von unabsehbarer Bedeutung für unsere innerpolitische Lage, daß die Bevölkerung im kommenden fünften Kriegswinter möglichst wenig unter dem Mangel an Heiz- und Leuchtstoffen leidet. Bei weiter verschlechterter Ernährung auch noch in ungeheizten und unbelüfteten Wohnungen haufen zu müssen, das geht schließlich über die Kraft...

Arbeitermassen für ihre ungemein aufreibende Tätigkeit keineswegs die allseitig gebührende Anerkennung finden. Im Gegenteil, es geschieht mancherlei, was geeignet ist, die Arbeitslust der Bergarbeiter herabzudrücken!

Vier Jahre Krieg mit steigender materieller und seelischer Not liegen bald hinter uns. „Ein Volk von Brüdern wollen wir sein.“ hörten wir in der weif wie vielen Kundgebungen; die „innere Front“ le durch gegenseitige Verständigung stark gehalten werden. Wie steht es damit in der Bergbauindustrie aus? Die Organisationen der Grubenbesitzer stehen der Vereinigung der Bergarbeiter noch genau so hochmütig ablehnend gegenüber wie vor dem Kriege!

Die auf Grund des Hilfsdienstgesetzes errichteten Schiedsgerichte werden von Werksverwaltungen sabotiert. In dem sie die Verhandlungen systematisch hinziehen, die den Arbeitern günstigen Schiedsprüche einfach nicht anerkennen oder so auslegen, daß die Streitigkeiten nicht abreißen. Die Arbeiterausschüsse werden als bloße Unterhaltungsklubs behandelt, mit leeren Redensarten abgespeist oder gänzlich ignoriert.

Eine Verbesserung unserer Kohlenversorgung kann durch eine Praxis, die mit den stärksten Mitteln des Zwanges arbeitet, durchaus nicht erzielt werden, vielmehr wird hierdurch die Arbeitslust der Kohlenarbeiter außerordentlich herabgedrückt. Mit solchen Mitteln läßt sich eben nicht „alles“ erreichen. Es muß dabei immer wieder hervorgehoben werden, daß die Bergarbeitermassen den guten Willen zur Erfüllung ihrer Berufspflicht haben und dies in zahlreichen Belegschaftsversammlungen ausdrücklich betonen.

Über wie wird verfahren? Am 25. Juni d. J. sandten die Vorstände der vier Bergarbeiterverbände eine gemeinschaftliche Eingabe um Lohnzulagen für die rheinisch-westfälischen Bergleute an den Vorstand des Zechenbesitzerverbandes (Essen) und ersuchten diesen höflich um eine Aussprache. Nun wäre die gute Gelegenheit da, sich über die Möglichkeiten einer Lohnaufbesserung, über die Schwierigkeiten der Arbeitsverhältnisse, die Höhe der Kohlenpreise usw. auszusprechen. Man darf versichert sein, daß die Gewerkschaftsvorstände der kritischen Situation sachlich und persönlich gerecht geworden wären. Heute sind bald drei Wochen seit Abgang der Eingabe verstrichen, aber der Zechenvorstand hat die Arbeiter nicht einmal einer Antwort gewürdigt!

Mittel verwerfen die Zechenherren. Sie verlassen sich letzten Endes auf ganz andere Maßnahmen, wie charakteristische Äußerungen von Werksorganen annehmen lassen. Gibt es in Deuschland keine Macht, die die Zechenherren zwingen kann, mit den Bergarbeiterorganisationen in Verhandlungen einzutreten? Sollen die natürlichen Schwierigkeiten unserer Kohlenversorgung noch künstlich gesteigert werden durch den krassen Herrenstandpunkt der Kohlengrubenbesitzer?

Wir stellen diese sehr ernste Frage nun vor der breiten Öffentlichkeit und erwarten von der Reichsregierung, daß sie recht bald die Widerspenstigen zur Anerkennung der gemeinschaftlichen Notwendigkeiten nötigt. Die Arbeitervertreter sind jetzt wie auch früher zur Mithilfe bei der Verständigung bereit. Aufreizende Herrenliebhabereien, gestatten die Zeitverhältnisse aber nicht.

Das Wohnungsproblem

Von Paul Göhe; M. d. A.

Deutschland hat während des Krieges teilweise von den Vorräten gelebt, die es vor dem Kriege bei sich aufgestapelt hatte. Das gilt auch von den Wohnungen. Nunmehr ist deren Bestand so gut wie aufgebraucht. Es gibt, außer in mehr oder weniger abgelegenen Landstrichen, keine leerstehenden Wohnungen, namentlich Kleinwohnungen mehr. Fast alle sind besetzt, viele von ihnen stark vermehrt. Jede Wohnungserweiterung fehlt. Für den Augenblick des Friedensschlusses werden nach der voraussichtlichen Schätzung kenntnisreicher Fachleute 700 000 bis 800 000 Wohnungen für die aus dem Felde heimkehrenden Krieger nötig, die heute fehlen.

Aber damit erschöpft sich das Wohnungsproblem, vor dem wir stehen, nicht. Obwohl wir die Not sehen, die uns droht, sind wir zurzeit außerstande, ihr abzuhelfen. Es fehlt uns jede Kenntnis, wo sie, in welchen Teilen Deutschlands, bei Friedensschluß auftreten wird. Das hängt ganz von der Entwicklung ab, die hauptsächlich die Industrie bei uns nehmen wird. Wie aber diese Entwicklung sich vollziehen, insbesondere wo sie vorstatten gehen wird, weiß heute noch niemand. Es fehlt ferner an Arbeitskräften und Baumaterial, um heute die mangelnden Wohnungen in einigermaßen beträchtlicher Zahl herzustellen. Es gibt keine Ziegel und keinen Zement, es gibt keine Kohle, um diese Produkte herzustellen, keine Transportmittel, um Steine, Zement und Kohle für die Bauindustrie über das Land zu Bauzwecken zu verteilen. Die erdrückende Mehrzahl der Bauarbeiter steht im Felde. Das Installationsmaterial für Heizung, Beleuchtung, Kanalisation und Wasseranlage ist von der Heeresverwaltung mit Beschlag belegt. Schließlich kommt noch der Mangel jeder Organisation auf diesem Gebiete dazu. Selbst wenn für die Erbauung der Wohnungen alles da wäre und man schon genau wüßte, wo gebaut werden müßte, so fehlt heute die Leitung, die, ähnlich wie auf dem Ernährungs- und Kriegsstoffgebiet, die Baupolitik nach einheitlichem Plane durchführen könnte. Auch die muß erst geschaffen werden. Bisher lagen in dieser Beziehung die Dinge so, daß das Reich sich bis vor kurzem als für Wohnungspolitik unzuständig erklärte. Sie sei nach der Verfassung nicht Sache des Reichs, sondern der einzelnen Bundesstaaten. Die Einzelstaaten aber wälzten die Verantwortung wieder auf die Gemeinden ab. Die Gemeinden jedoch sind heute so belastet, daß sie allein die ungeheuer große Aufgabe nicht lösen können. So liegen zurzeit fast unüberwindliche Hindernisse vor, die es unmöglich machen, das Wohnungsproblem schon jetzt so anzupassen, daß es einer nahen Lösung zugeführt werden kann.

Andererseits ist das Wohnungsproblem aber jetzt, also vor Kriegsende, dabei, sich bereits in fühlbare Wohnungsnot umzuwandeln. Alle Zeitungen sind augenblicklich von dieser Tatsache voll. Ungezählte fühlen sie bereits an eigenen Leiden, noch bevor die Millionen, die draußen kämpfen, demobilisiert

Die armen Mädels ...

Wie hundert Tage sind in nichts zerfliebt, Seit sich zum Kampfe unsre Krieger scharten. Und auf den Tag, der sie uns wiedergibt, Millionen treue Herzen sehndend warten.

Die armen Mädels stehen still bewegt Vor ihrem Sonntag nach der Woche Mähen. Altmärts, wohin ihr Fuß sie wandernd trägt, Begleitend bange Sehnsuchtschatten ziehen. Mit wechem Herzen, doch bejault von Mut, Sehnäglös sie in bodenlosen Schländen, Im Meer der Zeit ihr schönstes Lebensgut, Die Tage ihrer Jugend, freudlos schwinden.

Wolff Raabe.

Die Medaille

Von Fritz Müller.

Die Kathi bei Professors hatte letztes Jahr ihr Jubiläum: 25 Jahre bei Professors. Dafür waren von der Stadt goldene Medaillen gestiftet. Umschrift: „Der Hausstreu für ein vierthundert Jahre braver Arbeit.“

Die Kathi trug die Münze nicht. Im Stadtwert tiefer fragten sie: „Warum wohl?“ Im Stadtwert höher sagten sie: „Weil sie selber ausgemünzt ist.“ Und noch ein Stadtwert höher hieß es: „Weil sie selbst die fünfundsamzigjährige goldene Umschrift trägt an Stirn, Rücken, Händen und Füßen.“ Ebenerdja aber, wo die Marie bei Inspektors vierundzwanzig Jahre diente, meinte man: „Vielleicht wartet man, bis die Marie und die Kathi ihre Münze zusammen tragen können, manche Sachen machen Frauen nur zu zweien.“

Die Kathi selber sagte nichts. Sie hatte nicht viel Zeit. Bertraus hieß es schaffen und nicht reden. Sonntags ging sie mit der Marie aus. Immer ins „Kroßdöl“. Das war ein großer Wirtsgarten am Fluße vor der Stadt. Da saßen sie einander gegenüber unter den Kastanienbäumen vor ihrem Glas Bier und hätten reden können nach Herzenslust. Und taten's nicht. Was hätten sie auch reden sollen? Ihre Herr-

schaft „auszurichten“ war kein Anlaß. Und was sie sonst erlebten, war ja immer gleich. So saßen sie in sonniglicher Stimmheit einander gegenüber, taten reihum einen Blick zum Himmel, einen Blick ins Grüne, einen Blick ins Bierglas, einen Blick einander in die alten Augen und sagten dann und wann: „Ja, ja, Kathi, so ist's halt auf der Welt, ja, ja.“ Worauf nach einer Weile Kathi sagte: „Ja, ja, Marie, auf der Welt ist es halt so, ja, ja.“

Dann gingen sie um halb sieben Uhr durch die Vorstadtstraßen wieder heim, mit sich und mit der Welt zurück. Und nur einmal, nachdem die Kathi ihre „Goldene“ im Stadthaus übergeben kriegt, gibt die Rede unter den Kastanienbäumen etwas anders: „Ja, ja, Kathi, jetzt hast sie, ja, ja.“ Worauf nach einer Weile Kathi nickte: „Ja, ja, Marie, jetzt hab' ich sie halt, ja, ja.“ Dann, nach einer langen, geruhlosen Sonntagspause, wieder: „Ja, ja, Kathi, jetzt könntest sie auch tragen, wenn du wolltest, ja, ja.“ Und abermals das Nicken auf der anderen Seite: „Ja, ja, Marie, jetzt könntest ich sie tragen, wenn ich wollte, ja, ja.“

Ebenerdja, bei Inspektors angekommen, sagte aber Marie plöcklich: „Ja, ja, Kathi, schön muß sie ausschauen, deine Goldene, ja, ja.“ Worauf die Kathi nicht eben häßlich in die Tasche griff und die Medaille zeigte: „Ja, ja, Marie, sie ist so weit ganz schön, die Goldene, ja, ja.“ Die Marie aber hörte gar nicht zu. Seltsam funkelnd gingen ihre Augen um die Umschrift, seltsam stotternd buchstabierten ihre dünnen Lippen: „Der Hausstreu für ein vierthundert Jahre braver Arbeit.“ — „Ja, ja, Marie, im nächsten Jahr hast sie dann auch, ja, ja.“ — „Ja, ja, Kathi, im nächsten Jahr, ja, ja.“

Ein Jahr ging um. In zwei Monaten waren wieder Diebstahlsanzeigen auf dem Stadthaus fällig. „Ja, ja, Marie, jetzt triff's dich, ja, ja.“ „Ja, ja, Kathi, jetzt triff's mich, aber — aber ich mach' mit nicht viel draus, ja, ja.“ Nur widerwillig trauerten sich die dünnen Lippen zu der Lisa. Hatte sie doch das ganze Jahr daran gedacht: „Das nächstemal trifft mich auch die Goldene, ja, ja.“ Ein Bändchen war schon lange zurückgeleert, an dem die Goldene hängen würde.

Eine eine Woche um. Stand in der Zeitung etwas unter Beschädigtes, was den Inspektor nach dem Mittagsessen an seiner Brille rücken ließ: „Marie, ich muß Ihnen etwas vorstellen.“

„Sawohl, gnä' Herr.“ „Mit Rücksicht darauf, daß das Edelmetall der Reichsbank erhalten bleiben soll, haben die städtischen Kollegier be-

schlossen, anstatt der diesjährigen goldenen Dienstbotenmedaillen Guldene auszugeben.“

„Sawohl, gnä' Herr.“ „Haben Sie also verstanden, Marie.“ „Mein, gnä' Herr.“ „Wenn's nicht gnä' Herr viel leicht auf deutsch...“

„Wo laute es der Herr Inspektor auf deutsch: „Mir is's, Marie, mit der Goldnen, ein Papier krieg'n S' dafür.“

Der alte Dienstmagd war's, als wäre ihr ein lebenslang mühsam erworbenes Gut mit einem Schlag geraubt. Die Falten auf ihrem Gesicht wurden vor Angst glatt: „Ein Papier, sag'n S', gnä' Herr, ein Papier!“

„Ja, einen Gutschein, den Sie unter Umständen nach dem Kriege doch noch in eine goldene...“

Die alten Falten schossen ihr wieder ins verwitterte Gesicht. Sie lächelte ihr nachsichtigeredenes Dienstbotendächeln: „Jetzt hätten Sie mich aber belächeln müßten, Herr Inspektor, mit dem Späß.“

„Späß?“ „Ja, gnä' Herr, Sie haben doch schon oft so einen Späß aus der Zeitung.“

„Aus einem Wirtsgarten, Marie. Das mit dem Gutschein aber ist kein Späß.“

Marie aber begriff noch immer nicht. Sie döste durch die letzte Woche. Sie wackelte aufs Stadthaus. Sie suchte vor dem goldbetretenen Türmann: „Meine Medaille, bit' schön?“

„Dritter Stock, Zimmer zweihundertfiebzehn.“

Sie stolperte mit einem zähen Traume von einer Feier mit Posamentenflößen, einer Bürgemeisterrede, einer erhabenen Gebärde beim Anhalten der Medaille über endlose Treppen und halbdunkle Gänge, sie stand vor einem Schalter, hinter dem ein klatterndiger Beamter verdrückten eine Liste blätterte: „Marie Steifinger, Dienstmagd dahier!“

Sie machte einen stummen Knicks. Des klatterndigen Kopf fuhr aus dem Schalter: „Können Sie sich nicht laut und deutlich melden? Hier, quittieren Sie! Halt — den Gutschein haben Sie vergessen!“

Ratlos hielt sie das Papier in der Hand. Dampf wandelte sie die Gänge entlang. Stocksteif blieb sie plöcklich stehen: „Ja, ja, so, so, das Wichtigste.“ „Nachwardentlich tatterte sie sich zurück zum Schalter. Mit dem alten nachsichtigeredenen Dienstbotendächeln beugnete sie der Anfuhr des klatterndigen: „Was wünschen Sie denn noch?“

Am Sonntagmorgen werden die Frauen mit ihren Kindern obdachlos auf der Straße liegen, während ihre Männer für den Schutz des heimatischen Bodens ihr Leben einsetzen.

Auf der einen Seite also Verhältnisse, die augenblicklich jeden großzügigen Wohnungsbau vereiteln, auf der andern Seite Zustände, die nach Erbauung neuer Wohnungen geradezu schreien. Das ist der ungeheure schwierige Tatbestand, vor dem wir auf diesem Gebiete stehen.

Was ist nun in diesem Dilemma zu tun? Auf diese Frage hat die Wohnungskommission des Reichstages in dieser Winter- und Frühjahrstagung mit heiligem Bemühen Antwort zu finden gesucht. Sie hat alle Vorschläge geprüft und durchberaten, die zur Beseitigung der schwierigen Situation im Lande aufgetaucht sind. Schließlich legten die vier sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission einen Antrag vor, in dem in kurzen scharfen Umrissen ein Aktionsprogramm gegen die Not entwickelt war. Es ist seinerzeit in der Parteipresse veröffentlicht worden. Die Genossen hatten die Genehmigung, daß ihr Antrag von allen anderen Fraktionsvertretungen in der Kommission als eine geeignete Grundlage zu weiterem Vorgehen angenommen wurde. Er ist dann, abermals in gründlicher Beratung, dort gemeinsam durchberaten und in einigen nicht allzuwesentlichen Punkten erweitert worden. In dieser Fassung ist er alsdann kurz vor Pfingsten in der Vollversammlung des Reichstages erörtert und daselbst von allen Parteien einstimmig angenommen worden. Das ist ein großer Erfolg der Wohnungspolitik unserer Partei.

Der beschlossene Antrag geht von der Voraussetzung aus, daß schon jetzt mit allen Mitteln mit den Vorbereitungen zur Bekämpfung der schon vorhandenen und noch immer mehr drohenden Not begonnen werden muß, daß von nun an in jedem Augenblick das getan werden muß, was schon getan werden kann, und daß sich so Aktion an Aktion und zwar nach einem einheitlichen, alle Kräfte umfassenden Plane zu reihen habe.

Das erste, was notwendig ist und was zugleich heute schon durchführbar ist, ist die Schaffung einer Organisation über das ganze Reich hin. Diese Forderung stellt der Reichstagsbeschluss deshalb an die Spitze seiner Vorschläge. Sie geht dahin, daß dem bisherigen Zustand ein Ende gemacht wird, wonach, wie schon angedeutet, das Reich keine Arbeit auf die Bundesstaaten, diese sie auf die Gemeinden abgaben. Reich, Staat und Gemeinden sollen gemeinsam an die große Arbeit gehen. Dabei soll, wie selbstverständlich, das Reich die Führung haben. Im Reich aber ist das neue Reichswirtschaftsamt die allein dafür gegebene Stelle. Es ist als Zentralstelle für Übergangswirtschaft bestimmt; die Wohnungsfrage aber ist durchaus eine Angelegenheit dieser Übergangswirtschaft. Außerdem gehört das ganze Gebiet der Besiedlungspolitik zum Arbeitsgebiet dieses neuen Amtes; die Wohnungsangelegenheiten aber sind von schwerwiegendster Bedeutung für sie. Trotzdem sollen den einzelnen Bundesstaaten ihre selbständigen Rechte in Wohnungssachen nicht genommen werden. Das Reichswirtschaftsamt soll einfach als ihrer aller Beauftragter, als Zentralorgan fungieren. Die Gemeinden und Gemeindevorstände aber sollen die ausführenden Arbeitsorgane sein.

Bis Kriegsende handelt es sich sodann um die Lösung zweier hauptsächlichster, großer Aufgaben: Die Schaffung von fehlenden Dauerwohnungen, und, da diese vor Ablauf des ersten Jahres aller Berechnungen nach nicht möglich ist, um die Herstellung menschenwürdiger Behelfswohnungen für die ersten vier bis fünf Jahre.

Was die letzteren betrifft, so verlangt der Reichstagsbeschluss in erster Linie Errichtung von Familienbaracken. Er verwirft deshalb Ausschüsse, wie Umbau von Dachböden, Keller, Böden und Lagerräumen in Proletarierwohnungen. Die Wohnbaracken sollen aus lauter kleinen Einfamilienhäusern bestehen, die mindestens zwei und zwei Räume, für kinderreiche Familien nach mindestens einem Raum mehr haben. Jede Gleichförmigkeit soll vermieden werden. Solche Siedelungen sollen am Außenrand unserer Industriestädte errichtet und mit Laubengängen verbunden werden, damit die Menschen für die paar Jahre sich wenigstens einigermaßen wohlfühlen. Die Vorbereitungen für die Errichtung solcher Siedelungen sollen schon jetzt getroffen werden, damit sie bei Friedensanfang in wenigen Wochen ausgeführt werden können.

Die Medaille hat schon.
Der Beamte rief die behörliche Besorgung herunter.
Mit Rücksicht darauf, daß das Edelmetall der Reichsbank erhalten bleiben soll, haben die städtischen Kassen beschlossen.
Sie möge freundlich und lieb sein. Der Beamte wurde ungeduldig: „Somit noch etwas?“
Die Medaille hat schon.
Der Beamte wurde höflich: „Und was sonst noch?“
Die Rede hat schon... die Trompeten, die schon, und... die Medaille hat schon...
Eine halbe Stunde später stand sie wieder in der Stube und tat ihre Pflicht. Die Frau Inspektor, die der Enttäuschung Trotz aufreiben wollte, sah hinein und erwidert über die zusammengekauerte Gestalt und das verweilte Gesicht. Die schone Seite von der vaterländischen Gemütsblende war weggefallen. Über ein paar Treppen hinauf sah sie, wie die Kathi von Professor des Kaffees an der Gestalt glänzend machte...
Als an diesem Abend die Marie in ihrer Kammer schlief, schaute sie hinter in die Ecke, wo der grüne Koffer stand. Sie ging ihn aus dem Wege. Sonst stellte sie immer die aussehendsten Schuhe darauf, heute nicht. Sonst warf sie vor dem Eintreten den Schlüssel, der die erlöschende Lichtkerze von 25 Jahren her, mit einem Grubbiß, heute nicht. Heute ging sie arbeitslos los, heute das Licht aus, dreht sich mit einem harten Schluß gegen die Traumwelt...
Der Traum war vom Sommer zweifeln, vertieft, heute im dritten Stock des Stadthauses, von einem Schalter, von einem Mitternachtsbeamen — he, was war das? — die Eltern waren eine Sonne — die Sonne fiel ab — es war der Bürgermeister selber, der ein Zeichen machte — eine Mißbilligung im Hof mit — in einem schmutzigen Saal trat sie — Schanden Narren — ein Trompetenschall erschallt — der Bürgermeister verkündete von der Tribüne: „Marie Steffinger dahier, treten Sie vor. Sie haben sich durch fünfundzwanzig Jahre Dienst im altesten Hause in gut eine Auszeichnung verdient und werden der Soldat. Wie dieser, können Sie täglich Ihre ganze Kraft für andere in die Schenke. Marie Steffinger dahier, ich habe Ihnen im Namen der Stadt die goldene Medaille an die Brust. Halten Sie sie in Ehren!“
Marie Steffinger war die Summe einer Lebensarbeit — Marie Steffinger wurde vor Glück — unter ein Rathausen Kunden herbeizog und sprach: „Und die Frau Inspektor sagte, heute hätte sie nicht kommen, heute hätte sie im Stadthaus und

Sind die Interimssiedelungen hergestellt, kann und muß sofort in die planmäßige Schaffung der Dauerwohnungen gegangen werden. Dabei soll nicht nach einer Schablone gearbeitet werden. Je nach den verschiedenen Bedürfnissen sollen Miets- und Eigenhäuser, Ein- und Mehrfamilienhäuser, Wohnungen für kinderreiche Familien, Einzel-, Reihen- und Siedelungsbauten errichtet werden. Nur die vier- und mehrstöckigen Mietskasernen sollen vermieden werden. Siedelungsgesellschaften sollen gegründet, die Baugenossenschaften entwickelt, der Eigenbau von den Gemeinden in großem Maße in die Hand genommen werden. Aber auch die Privatunternehmer sollen herangezogen werden. Denn die fehlenden Wohnungen müssen so schnell wie möglich geschaffen werden.

Die Kosten für eine solche Wohnungspolitik sind natürlich nicht gering. Es ist mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten, daß das private Kapital die erste Zeit nach dem Kriege überhaupt nicht bauen wird, solange nicht die hohen Preise auf ein vernünftiges Maß wieder herabgegangen sind. Deshalb muß Reich und Einzelstaat hier einspringen. Nach dem Reichstagsbeschluss soll das Reich eine halbe Milliarde Mark zur Verfügung stellen; von den Einzelstaaten wird die gleiche Summe erwartet. Diese Summe ist gewiß hoch, eine Milliarde insgesamt ist kein Pappenspiel. Aber man hat für den Wiederaufbau der Handelsflotte eine noch größere Summe bewilligt, so ist eine Milliarde für den Wohnungsbau nicht minder nötig.

Die Erklärungen, die die Reichsregierung auf das Vorgehen des Reichstages bisher abgegeben hat, sind überaus erfreulich. Sie ist bereit, eine Organisation zur Bekämpfung der Wohnungsnot unverzüglich zu schaffen und Geld zur Verfügung zu stellen. Sache der Wohnungskommission wird es nun sein, dafür zu sorgen, daß diese Versprechungen unverzüglich auch erfüllt werden.

Aber damit ist's noch lange nicht getan. Nun muß das einmütige Vorgehen des Reichstages draußen im Lande das lebhafteste Echo finden. Die einzelnen Bundesstaaten müssen durch ihre Parlamente zu einer ähnlich entgegenkommenden Haltung wie die Reichsregierung gebracht werden, und in den Gemeinden muß von nun an alles vorbereitet werden, um sofort an die Arbeit gehen zu können, sowie sich die Möglichkeit dazu zeigt. Dabei muß vor allem der möglicherweise drohende Widerstand von Hausbesitzerkreisen unter allen Umständen gebrochen werden. Unsere Genossen im Lande stehen also vor einer neuen, großen Aufgabe. Sie müssen alle Kraft einbringen, sie zu einer raschen Erledigung zu bringen.

Danziger Nachrichten

Sonne und Luft für das Kind.

Daß der Landaufenthalt der Stadtkinder im Sommer kein Luxus ist, sondern direkte Notwendigkeit, um den schwachen Körper zu stärken und gegen Krankheitskeime widerstandsfähig zu machen, ist heute allgemein anerkannt und durch interessante Experimente klar bewiesen worden. Dr. Ritter, der Direktor eines Säuglingskrankenhauses, hat zuerst an einer ganzen Reihe von Tierversuchen den Einfluß von Sonne und Licht nachgewiesen. Er hat junge Tiere deselben Wurfs teils im Dunkeln, teils im unbehinderten Licht, andre teils in unbeschränkter Freiheit, teils eng aneinander gedrängt aufgezogen. Es wurden Tiere nicht mit Stoffen umgeben und die gleiche Zahl ohne Umhüllung gehalten. Dabei zeigten alle Versuchstiere, die der unbehinderten Sonnenbestrahlung, der freien Bewegung und Hautatmung überlassen waren, deutliches Körperübergewicht, bessere Blut- und Lymphverhältnisse.

Nach Abschluß dieser Versuche wurden schwächliche Großstadtkinder auf freien Rasenplätzen möglichst viel der Sonne und Luft ausgesetzt, bei einer leichten Bekleidung, die Arme und Beine freiließ. Die gemessene Kost bestand aus Milch, Fleisch in kleinen Mengen und viel Obst und Gemüse. Der Erfolg übertraf alle Erwartungen, denn die Kinder blühten auf wie die Blumen. Die Empfindlichkeit und Anfälligkeit gegen Erkältung und andre Krankheiten verschwanden, der bis dahin schlechte Appetit wurde sehr gut, und im Blut vermehrten sich die roten Blutkörperchen ganz bedeutend. Messungen ergaben, daß die Ausdehnungsfähigkeit des Brustkorbes in wenigen Monaten um mehrere Zentimeter zunahm. Die kleinen, magern Kinder wurden rundlich und muskeltätig, die Haut braun und gesund.

Die große Bedeutung der Sonne und der sonnendurchwärmten Luft wurde also auf das glänzendste bewiesen und damit die Notwendigkeit des Landaufenthaltes schwächlicher Großstadtkinder. Deshalb müssen mit allen Mitteln die Bestrebungen unterstützt werden, die dahin zielen, möglichst vielen Stadtkindern einen mehrwöchentlichen Aufenthalt auf dem Lande zu ermöglichen; denn nur dann

dann habe sie frei, die Professors im zweiten Stock hätten den Ausverkauf der Kathi auch auf heute verlegt. Und dann wanderten sie beide, die Kathi und die Marie, durch die Vorstadt in das „Arosadi“ am Muffe, saßen unter den Kastanienbäumen und verließen ihre Mützen, und dann war es Abend und sie vertraute die Goldene dem grünen Koffer an, sichtbar in die Ecke, auf das plüschene Photographiealbum — rrr, die Goldene trugte und Marie.

Die alte Dienstmagd wachte auf und wartete sich von der Trauermann nach der anderen Seite, wo der rassistische Wacker stand. Zeit zum Aufstehen. Verflüchtete Klänge lieh sie an. Erst als sie fertig war und sich im matten Spiegel sah, fuhr's ihr durch den Kopf: War das ein Traum? War's Wahrheit? Unschlüssig reißte sie am Schloß des grünen Koffers. Sollte sie? Sollte sie nicht? Aufsprang der grüne Deckel ihres Schließers: In der Ecke lag das Plüschene, und auf dem Plüschene lag die Goldene... Marie Steffinger lachte und weinte. Seine hätte sie gefasst. Rein, wie sie gefasst nur so dumme bar träumen können: Einen Gutischen anstatt einer Goldmine!

Fröhlich ging sie an die Arbeit. Fröhlich reiste sie den einen lächelnden Inspektors ihre Goldne, deren Umschrift immer wieder buchstabierend: „Der Hausfrau für ein Vierteljahrtrüber Jahre braver Arbeit.“ So glücklich war sie, daß sie Inspektors lachte, es lachte ihr keine Ruhe, sie müsse irgend jemandem eine Entschuldig machen, ob sie ihr nicht raten könnten.

„Fröhlich“, sagte der Inspektor ernst, „machen Sie dem Vaterland eine Freude und kaufen Sie die goldene Medaille gegen eine Bronzene.“

Und wieder lachte sie im „Arosadi“ unter den Kastanienbäumen: „Sa, ja, Kathi, so ist's halt auf der Welt, ja, ist's halt so, meine Goldne gegen eine Bronzene ungetrautet... Und du?“ Die Kathi schwieg. Eindringlicher wurde jetzt die Marie: „Und du, Kathi, hast du nichts fürs Vaterland vernommen?“ — „Sa, ja, Marie, meine Goldne gegen... gegen einen Gutischen.“

Um halb sieben, auf dem Heimweg, begegnete sie einem Hattenverkäufer. Marie reiste verblüht hinter ihm her: „Wacht zu, Kathi, was das ist? Das ist der Bürgermeister.“

„Was, das der Bürgermeister?“
„Sa, massiert. Weig, du, Kathi, manchen Menschen hebt man gar nicht an, was hinter ihnen steht.“

können die in dem Häusermeer aufgewachsenen, in engen Stuben wohnenden Großstadtkinder, von denen Tausende nach kein grüner Feld gesehen haben, so weit getrieben werden, daß sie den auf sie einbringenden Krankheitskeimen Widerstand leisten und sich schließlich zu gefunden, kräftigen Menschen entwickeln können.

Zum Beispiel gibt es gegen alle Folgen der so verbreiteten Rachitis wohl kein besseres Mittel als der Aufenthalt in Luft und Licht. So manche Rachitisverkrüppelung wäre nicht, wenn man das Kind frei auf allen Bieren laufen ließe, nach eigenem Instinkt, bis es, kräftig genug, von selbst aufrecht geht. All die Vorläufer zu späterem Stochern gibt es im Kette zu bekämpfen durch ein wenig Behorsam der Natur gegenüber.

Die erprobten Kinderluftbäder in Frankfurt a. M., Bremen und Mannheim seit zwölf Jahren, in Dresden seit zwei Jahren sind als Ergänzung der Ferienkolonien gedacht und die Erfolge sind vielfach noch bessere als bei diesen.

Stadttheater.

„Hilbrand“, ein neues Drama in 3 Akten von Heinrich Klunne, welches bei der Uraufführung am Hofburgtheater in Wien eine tiefgehende Wirkung erzielte, wurde von Direktor Schaper für unsere Bühne erworben und wird als Eröffnungsvorstellung der neuen Spielzeit in Szene gehen.

Der Wintergarten

hat für sein August-Programm nur neue Kräfte gewonnen. Eine Besprechung geben wir in nächster Nummer. Morgen, Sonntag, werden zwei Vorstellungen mit völlig ungekürztem Programm gegeben. Näheres siehe im Inserat.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Danzig.

hielt am 14. Juli seine Generalversammlung ab, die einen guten Besuch aufwies.

Den Kassenbericht vom 2. Quartal erstattete Arczynski. Die Lokalkasse balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 16 855,60 Mk., die Hauptkasse mit 21 082,87 Mk. und der Kriegshilfsfonds mit 602,57 Mk. An bedeutenden Ausgaben ist die Krankenunterstützung mit 2258,70 Mk. zu nennen. Diese wird in Zukunft angesichts der schleichenden Krankheiten vermutlich noch höher werden.

Der Kriegshilfsfonds wird nicht so beachtet, wie es notwendig wäre. Viele Mitglieder entziehen sich ihrer Pflicht, Kriegshilfsfondsmarken zu entnehmen. Wenn es auch wahr ist, daß in der teureren Zeit jeder Pfennig im Haushalt gebraucht wird, so müßte es einem Teil der Kollegen doch möglich sein, für diesen Fond alle 14 Tage Marken à 50 Pf. zu nehmen, die bei allen Unterkassierern zu haben sind. Der moralischen Verpflichtung, für die notleidenden Kriegerfrauen mitzuforgen, dürfen wir uns nicht entziehen.

Zum Kassenbericht wurden Erinnerungen nicht gemacht. Der Kassierer wurde entlastet.

Zum zweiten Tagesordnungspunkt erstattete Kollege Arczynski den Bericht über die Lohnbewegungen in den Danziger Großbetrieben.

Die diesjährige Bewegung bei der Firma Schichau bedurfte nicht so viel Arbeit, wie die vorjährige. Unsere Anrechnung, daß mit der Wahl eines Arbeiter-Ausschusses etwas bessere Verhältnisse eintreten würden, täuschte nicht. Heute erst kann man voll erkennen, wie berechtigt die Forderung im vorigen Jahre war.

Nachdem die Firma die bekannten Forderungen abgelehnt hatte, wurde der Schlichtungsausschuss angerufen. Es kam zu einem Vergleich, der den Beteiligten eine Erhöhung der Teuerungszulage von 2,50 Mk. von der ersten Septemberlohnung und 2,00 Mk. von der ersten Dezemberlohnung pro Lohnperiode (12 Tage) bringt.

Angelehnt an die Bewegungen auf den privaten Sechsschiffswerken fanden solche auch für die Arbeiter der Reichsmarinebetriebe statt. Es wurden in diesem, wie im Vorjahre, die Lohnangaben auf zentralem Wege durch Verhandlungen mit den Organisationsvertretern und Vertretern der Arbeiterschüsse im Reichsmarineamt erledigt. Die Zulagen betragen für alle männlichen Arbeiter mit der dem 1. August zunächst liegenden Lohnperiode 4 Pf. pro Stunde. Die Zulage für Jugendliche, Lehrlinge und Arbeiterinnen über 18 Jahre beträgt 2 Pf. pro Stunde. Monatslöhner erhalten 20 Mk., Kriegerfrauen über 21 Jahre 5 Mk. Teuerungszulage. Außerdem erhalten Zeitarbeiter in den Werftbetrieben einen Zuschlag zum Stundenlohn von mindestens 50 bis 80 Prozent, in den Minen- und Artilleriedepots mindestens 65 bis 80 Prozent. Urlaub wird bereits nach einjähriger Beschäftigung gewährt, und zwar mit vier Tagen beginnend. Die Akkorde erfahren eine sinnmäßige Erhöhung.

In den Königlich technischen Instituten wurde im Mai eine Verfügung des Waffen- und Munitionsbeschaffungsausschusses herausgegeben, nach der die Stücklohnätze (Akkorde) einer eingehenden Ermittlung unterzogen werden sollen. Sie wurden auf den Satz von 1,30 Mk. in der ersten, bis 95 Pf. in der niedrigsten Stücklohnklasse zugänglich 25 Prozent festgesetzt. Für Arbeiterinnen wurde der Normallohn auf 75, 70 und 60 Pf. festgesetzt.

Die Zeitlohnätze haben scheinbar eine kleine Aufbesserung erfahren. Diese Neuregelung bedeutet aber für viele Stücklohnarbeiter eine Verschlechterung des seitherigen Zustands, weshalb sich unter der Arbeitererschaft eine begriffliche Erregung einstellte, die das Emancipieren der Organisation notwendig machte. Wir haben dieserhalb bereits mit dem Waffen- und Munitionsbeschaffungsausschuss verhandelt, jedoch befriedigende Zugeständnisse nicht erzielt. Weitere Unterhandlungen stehen bevor. Das „Bumba“ erklärt grundsätzlich, daß die Löhne und Verdienste in seinen Instituten denen der Privatindustrie angepaßt werden müssen. Die statistischen Erhebungen, die sich auf die gesamte Privatindustrie Danzigs erstrecken, haben höheren als den angegebenen Verdienst nicht ergeben; zum Teil sind noch niedrigere Löhne ermittelt worden. Auch sind die angegebenen Sätze weder Mindest- noch Höchstätze, sondern dienen lediglich als Norm. Der Einzelne hat aber noch nie vor die Möglichkeit, zu seinem früheren Verdienst zu kommen.

Unmißverständlich diese Ansicht des Amtes gutreffen wird, muß die Zukunft lehren. Mit solchen und ähnlichen Differenzen haben auch die Arbeiter anderer Militärbetriebe zu schaffen. Es wird wohl nicht mit Unrecht vermutet, daß zu diesem Schritt des Bumba die Industriestellen, denen die sogenannten „Hohen Verdienste“ der Munitionsarbeiter bekanntlich schon lange ein Dorn im Auge sind, das ihrige beigetragen haben.

Auch in der privaten Rüstungsindustrie „bau“ man die „hohen“ Löhne ab. Es kann den Arbeitern nur dringend geraten werden, sich rechtzeitig in den Gewerkschaften zusammenzufinden, um ihre Lebenshaltung einigermaßen zu sichern.

In der lebhaften Aussprache wurden die Zustände in den einzelnen Betrieben einer Kritik unterworfen und als nicht im Einklang mit der herrschenden und immer steigenden Leistung bezeichnet.

Die Verwaltung soll auch die Agitation aus Anlaß der Lohnbewegung nicht so gefördert haben, wie es zur Unterstützung der großen unorganisierten Massen nötig gewesen wäre. Mehr Versammlungen würden gefordert. Von der Verwaltung wurde hierzu auf die besonderen Umstände hingewiesen, unter denen die Gewerkschaften im Krieg ihre Tätigkeit ausüben müssen, und die Versammlungstätigkeit zahlenmäßig belegt. Zudem könne man die Sommerzeit im eigenen Interesse der Kollegen, die ihre wenigen freien Stunden auch gerne im Freien zubringen möchten, nicht ganz mit Beschlag belegen. Gegen 1 Uhr fand die gut verkaufte Versammlung ihr Ende.

Die Ortsgruppe Danzig des Reichsbundes der Kriegsveteranen und ehemaligen Kriegsteilnehmer ladet durch eine Anzeige in dieser Nummer zu einem Volksfest im Kleinhammerpark ein, das zugunsten unterstützungsbedürftiger Kameraden am 11. August veranstaltet wird. Die Mitwirkung des Gesangsvereins Sängergesellschaft gibt Gewähr für ein Gelingen des Festes, das noch durch Konzert von Mitgliedern des Landsturm-Bataillons XVII/20 in seiner Wirkung erhöht wird. Humoristische Vorführungen und eine Kappenspotentiale sollen mit Gesang und Konzert einige angenehme Stunden hervorzubringen. Der Eintrittspreis ist gering, er beträgt für Nichtmitglieder 70 Pf., für Mitglieder 25 Pf.; Kinder sind frei. Der Beginn ist auf 3 1/2 Uhr festgelegt. Hoffentlich ist dem Wohlwollenden ein günstiges Ergebnis und der Unterstützungskasse ein guter Zuwachs beschieden.

Die Reichsbekleidungsstelle macht Ernst Expropriation der alten Hosen.

Die Reichsbekleidungsstelle veröffentlicht folgende Bekanntmachung:

Die unter dem 18. April 1918 durch die Reichsbekleidungsstelle den Kommunalverbänden auferlegte Sammlung getragener Männeroberkleider für die Arbeiter in der Landwirtschaft, im Bergbau, in den Eisenbahnbetrieben und sonstigen kriegswichtigen Betrieben hat das erwünschte Ergebnis nicht gehabt. Ein Teil der Kommunalverbände hat die ihnen auferlegte Anzahl von Kleidungsstücken nicht angebracht. Die Reichsbekleidungsstelle erwartet, daß eine erneute Aufforderung zur freiwilligen Abgabe entbehrlicher Männeroberkleider das notwendige Ergebnis haben wird. Sie hat daher für diejenigen Kommunalverbände, die die von ihnen erforderliche Anzahl von Kleidungsstücken noch nicht angebracht haben, den Ablieferungstermin bis zum 15. August verlängert. — Um säumige Personen, die ohne Störung ihrer und ihrer Familie Lebenshaltung sowie ihres Berufes in der Lage sind, Männeroberkleider abzuliefern, nachdrücklich auf ihre wasserländische Pflicht zur Abgabe hinzuweisen, wird von Kommunalverbänden aufgegeben: 1. namens der Reichsbekleidungsstelle von den gebachten Personen binnen einer zu bestimmenden Frist ein mit der Versicherung der Richtigkeit und Vollständigkeit versehenes Verzeichnis ihrer Männeroberkleider und ihrer zur Anfertigung solcher geeigneten Stoffe zu erfordern; 2. in geeigneten erscheinenden Fällen die Richtigkeit und Vollständigkeit des Bestandsverzeichnisses nachzuprüfen und die hierzu erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Von der Vorlegung eines Bestandsverzeichnisses ist befreit, wer bereits einen vollständigen Männeranzug abgeliefert hat oder nunmehr abgeliefert. Wer trotz der Aufforderung seines Kommunalverbandes das Bestandsverzeichnis überhaupt nicht oder nicht innerhalb der ihm gesetzten Frist einreicht oder im Bestandsverzeichnis wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben dieser Strafe kann angeordnet werden, daß die Beurteilung auf Kosten des Täters öffentlich bekanntzumachen ist, auch kann neben Gefängnisstrafe auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

So ist das, was die Reichsbekleidungsstelle bisher wiederholt und nachdrücklich von sich gewiesen hat, zur Tatsache geworden: Obligatorische Einführung von Bestandsverzeichnissen und Zwangsenteignung der „entbehrlichen“ Männerkleider. Denn daß eine Beschlagnahme die notwendige Folge der Bestandsaufnahme sein wird, daran dürfte heute kein Mensch mehr zweifeln. Damit wäre ein Zustand erreicht, den selbst Tugend Richter in seinen höllenschwarzen Bildern aus dem sozialistischen Zukunftsstaat auszumalen Bedenken getragen hat: die Enteignung der alten Hosen! Denn die Tendenz des Sozialismus geht zwar dahin, die Produktionsmittel als Gemeineigentum zu erklären, dem Staatsbürger aber zum Wohle der Allgemeinheit die Kleider vom Leibe zu ziehen, das ist eine Forderung, die selbst der seltsame Johann Most nicht auszusprechen wagte.

Trotzdem das hier aufgestellte Prinzip in seiner Kühnheit alle bisherigen sozialistisch-utopistischen Träumereien weit überflügelt, würden wir ihm grundsätzliche Bedenken nicht entgegenzusetzen, wenn seine praktischen Folgen einwandfrei wären. Daß sie dies aber keineswegs sind, haben wir bereits mehrfach und ausführlich dargelegt. Wir haben darauf hingewiesen, daß gerade diejenigen, die durch ihren Kleiderverlust am schmerzhaftesten gegen das Gemeinwohl gesündigt haben, bei einer solchen Zwangsenteignung am glimpflichsten davonkommen würden, da sie sich durch Hergabe eines einzigen Anzugs von allen weiteren Eingriffen befreien können. Wir haben ferner darauf hingewiesen, daß bei der großen Bevölkering bereits ein sehr fühlbarer Mangel an Bekleidungsstücken herrscht, da sogar „Besserstuierte“ teils infolge der Bezugspflicht, teils infolge der enorm gestiegenen Preise seit Jahr und Tag ihre Garderobe nicht mehr ergänzen können. Und wir haben schließlich die peinliche Frage gestellt, wie lange die Zwangsenteignungen mit dem ihnen verbleibenden Rest von Kleidern auskommen sollen — eine Frage, die auch die Reichsbekleidungsstelle zu

beantworten nicht fähig sein dürfte, da sie mit der Länge des Krieges zusammenhängt. Der Kleider kann sich im Notfall selbst zu Wucherpreisen noch immer mit Garderobe versehen — was soll aber der Minderbemittelte anfangen, wenn sein letzter Anzug über Jahr und Tag aus den Nähen geht?

Nur all dem ergab sich, daß dieses ansehend ultra-sozialistische System jede Spur von demokratischer Gleichheit vermissen läßt und daß wir es von unserem Standpunkt ebenso verwerfen müssen, wie die Anhänger der kapitalistischen Ordnung von dem ihrigen.

Ferner hat die Reichsbekleidungsstelle beschlossen, sämtliche Behänge (Sonnenvorhänge, Gardinen, Stores, Rouleaus, die sich an Türen, Fenstern, Schränken, Schranktüren, zu beschlagnahmen. Die Beschlagnahme erstreckt sich aber nicht auf Privathaushaltungen und Dienstwohnungen, ferner nicht auf Tüllgardinen und durchbrochene oder seidene Gardinen, sowie auf die zur gewerbmäßigen Veräußerung bestimmten Behänge. Die Durchführung erfolgt in der Weise, daß zunächst die öffentlichen Gebäude, sodann die großen Fabriken und Bureaus und erst dann, soweit überhaupt noch erforderlich, die übrigen nicht von der Beschlagnahme befreiten Räume herangezogen werden. Wenn auch die Vorbereitung der Erfassung sofort beginnen soll, wird doch die Abnahme der Vorhänge erst dann erfolgen, wenn Papiergarn-Ersatzvorhänge, die mit Papiergarn genäht werden, aufmachereit vorhanden sein werden.

Diese beschlagnahmten „Sonnenvorhänge“ sollen zu Leinwände für die minderbemittelte Bevölkerung verarbeitet werden.

Ein Volk — ein Wille zum Sieg!

Darum trage jeder seinen Teil bei zur Stärkung der Heimatfront durch Abgabe entbehrlicher Anzüge für die Landwirtschaft und kriegswichtigen Betriebe.

Was das auch Gottes Wille?

Ein Hamsterlager aus der Taufe gehoben.

Als berichtet die „Südhannoversche Zeitung“, das amtliche Organ für den Kreis Einbeck:

„In der Kirche der hiesigen Baptisten-Gemeinde steht ein großes Laufbassin. Die Polizei hatte Nachricht bekommen, daß in diesem Laufbassin ein schönes Hamsterlager verborgen sei und glaubte natürlich zunächst an einen bösen Scherz, da es doch für unmöglich gehalten werden mußte, daß in einer Kirche ein Hamsterlager sich befinden sollte und dazu noch an einer Stelle, wo die sündhaftesten Menschen zur Taufe kommen, wo die segnende Hand aufs Haupt gelegt, wo erste Lehren und Ermahnungen erteilt werden. Um den etwaigen falschen Angaben sofort entgegenzutreten zu können, hielt die Polizei doch unvermutet eine Revision ab und fand wider Erwartung sein versteckt — ein großes Hamsterlager im Laufbassin vor, als da waren: 6 Zentner Hafer, 1 Zentner Roggen und zirka 1 Zentner ff. Bohnen. Die verdächtigsten Beamten beschlagnahmten die Waren, die natürlich gleich fortgeschafft wurden.“

Das amtliche Organ spricht sein tiefstes Bedauern aus, daß eine heilige Stätte, von der Gottes Wort verkündet werden soll, zu solch einer unwürdigen Sache benutzt wurde. „Inbessenen — heißt es weiter — wissen wir, daß im Kampfe ums tägliche Brot auch ernste Christen straucheln können, trotz ernster und feierlicher Worte der Seelforger.“

Wer aber war der ernste Christ, der hier gestrauchelt ist? Die „Südhannoversche Zeitung“ verschweigt es schamhaft. (S. 157.)

Die Futur vor dem Volke.

Die Korrespondenz des Deutschen Lehrervereins schreibt: Aus den Kreisen der Einheitschulgegner sind gegen die Förderung der Einheitschule allerlei kleine und kleinliche Bedenken geäußert worden, die aber nicht darüber hinwegtäuschen können, daß bei der Wegnahme gegen das neue Schulideal vielfach ganz andere Gründe mitsprechen. Im Beobachter, einer württembergischen Tageszeitung, geht ein Geistlicher diesen Gründen nach und nimmt vom christlich-sozialen Standpunkt aus dazu Stellung.

„Es ist ganz falsch“, so schreibt er, „daß gerade die Kreise, die aus den höheren Schulen hervorgegangen sind, sowohl die kirchlichen als die unkirchlichen, die katholischen wie die evangelischen, zum größten Teil Gegner einer Einheitschule sind. Alle möglichen Einwände werden gemacht, aber im tiefsten Grunde entspringt die Gegnerschaft gegen die Einheitschule aus der Angst, es könnten die Massen des Volkes zu denselben Rechten und zu derselben Bildung kommen, wie die wenigen, die selbst die höheren Schulen besucht haben und ihre Kinder sie besuchen lassen. Dann gebe es bloß Offiziere, keine Soldaten. Das ist aber eine Mißachtung des größten Teils unsres Volkes, das am meisten in diesem Kriege bluten muß. Ganz schlimm betragen sich dabei die kirchlichen Kreise, die so tun, als ob mit der Einführung der Einheitschule die Religion ausgeschaltet werden würde. Das sind dieselben kirchlichen und christlichen Kreise, die ihre Kinder in die höheren Schulen schicken, wo die Religion das Aushenkbare ist, und die angeblich christlich handeln, wenn sie unser Volk in ein „gebildetes“ (höhere Schule) und „ungebildetes“ (Volksschule) teilen. Dieselben kirchlichen und christlichen Kreise reden dann mit Salbung von „Mäßigkeitsliebe“, daß keiner sich höher achte als der andre; sie machen mobil von der Kanze aus gegen die Einheitschule; sie gerade die Nächstenliebe in unsrem gesamten Volke zur Tat machen will.“

Mögen sich die Gebildeten, die aus den höheren Schulen hervorgegangen sind, warnen lassen! Es kann die Stunde kommen, wo das aus der Volksschule hervorgegangene Volk die Einheitschule selbst zur Tat macht, wenn sie ihm immer dorenhalten wird.“

Zur Bekämpfung der Wohnungsnot.

Der Staatssekretär für das Wohnungswesen hat an die Regierungspräsidenten eine Verfügung gerichtet, in der er die Behörden anweist, auf schleunige Einrichtung von Wohnungsnachweiser in den Gemeinden hinzuwirken. Für Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern besteht nach Artikel 6 des preussischen Wohnungsgesetzes die Verpflichtung hierzu, für kleinere Gemeinden hält der Staatskommissar die Einrichtung ebenfalls für wünschenswert. Erst der An- und Abmeldezwang für die Vermieter werde in Verbindung mit den Ergebnissen der Wohnungszählungen ein zuverlässiges Bild von der Lage des Wohnungsmarktes in den einzelnen Gemeinden geben. Ferner sei jetzt schon ins Auge zu fassen, daß ähnlich wie bei den Arbeitsnachweisen, eine Verbindung zwischen den Wohnungsnachweiser der benachbarten Gemeinden, Bezirke und Kreise eingeleitet

werden. Ein Handhabungsarbeiten der Wohnungs- und der Arbeitsnachweiser sei überhaupt zu empfehlen.

Die Einrichtung öffentlich-gemeinnütziger Wohnungsnachweise verhindert auch die Ausbeutung der Wohnungslosen durch die schwerreichen Verleger der Inseratenplakate, die glänzende Prosite aus der Notlage der Betroffenen namentlich in Zeiten besonderer Wohnungnot wie jetzt ziehen. Es ist deshalb kein Wunder, wenn solche Blätter, trotz aller Begeisterung für „vaterlandsparteiliche“ Beglückung Deutschlands, kein Wort gegen die Schmach der Wohnungsnot und ihre niederbrütenden Folgen schreiben.

Vorsicht bei Ruhrerkrankungen.

Man sprecht uns:

„Die wärmere Jahreszeit hat Darmerkrankungen in größerer Anzahl zur Folge. Neben solchen harmloser Natur tritt erfahrungsgemäß die Ruhr in stärkerer Weise in Erscheinung. Allzu häufig wird der Ernst dieser Erkrankung vom Laien im ersten Stadium der Krankheit verkannt; er glaubt durch von der Apotheke zu beziehende Hausmittel und die Darmtätigkeit hemmende Mittel die Krankheitserreger zu beheben zu können. Hierfür kann nicht genug gewarnt werden. Diese Selbstbehandlung führt nicht allein oft dazu, daß die Krankheit während dieser Zeit in ein Stadium tritt, in dem Heilung durch ärztliche Behandlung nur noch schwer erzielt werden kann, sondern sie gefährdet auch die Umgebung, da bei Veräumnis der erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen die Krankheit leicht weiter verschleppt wird und zu bedrohlichen Epidemien führen kann. Es wird daher auf das eindringlichste darauf hingewiesen und im Interesse der Volksgesundheit zur Pflicht gemacht, bei allen Darmerkrankungen unverzüglich ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.“

Die „spanische Krankheit“ ist keine Influenza!

Nach einer vor einigen Wochen im Reichsgesundheitsamt stattgefundenen Besprechung sollte der Erreger der jetzt verbreiteten „spanischen Krankheit“ identisch sein mit dem Bazillus der in den Jahren 1889—93 ausgebreiteten Influenza. Diese Ansicht kann nach den neuesten Forschungsergebnissen des Leiters des Instituts für experimentelle Therapie in Frankfurt a. M., Geheimrat Prof. Dr. Kolle, als widerlegt gelten. In den überaus zahlreichen Experimenten, die Professor Kolle zur Unterjuchung zur Verfügung gestellt wurden, waren keine Influenzaviren nachweisbar. Den jetzigen Krankheitserreger beschreibt der Gelehrte in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ wie folgt: Es ist in allen Fällen ein Koccus (ringförmiges Gebilde), zuweilen in Reinkultur, zuweilen mit Pneumokokken vermischt.

Prof. Dr. Kolle kommt auf Grund seiner Beobachtungen zu dem Ergebnis, daß der Bazillus der „spanischen Krankheit“ nicht mit dem Influenzaerreger identisch ist.

Die Fleischoverwertung.

Die mir bereits angekündigten, ist nun tatsächlich erfolgt. Einzelne Fleischstücke sind je nach Qualität um 10 bis 20 Pf. verteuert worden. Diese hohen Preise sollen, wie man uns sagt, zur Deckung großer Mehrausgaben dienen, die in den letzten vier Wochen die nette Summe von 94 000 Mk. betragen. Die Herstellung von Wurst erfordert ebenfalls so große Unkosten, daß eine Erhöhung von 20 Pf. vorgenommen wurde.

Das Brot wird teurer.

Die Herabsetzung der Brotration auf 1700 Gramm beginnt am 5. August. Vom 19. August ab soll die Ration wieder etwas erhöht werden. Neben dem Höhergehen des Brokfortes tritt am 19. August eine Preissteigerung für Brot auf 50 Pf. für das Kilo ein.

Diese Erhöhung ist eine Folge des von Berlin erhöhten Mehlpreises, die wahrscheinlich nur erfolgt ist, um die „bitter notleidende“ Landwirtschaft vor dem Verderben zu retten. Der Danuschauer triumphiert eben überall auf Kosten der großen Masse der Verbraucher. Das ist die Signatur auch bei Beginn des fünften Kriegsjahres. Soll das so weiter gehen?

Die Kartoffelausgabe.

läßt jetzt alles zu wünschen übrig. Wie wir schon in der letzten Nummer hervorhoben, bekommen Kunden gewisser Händler regelmäßig Kartoffeln geliefert, wofür gegen andere Kunden trotz vielen Anstehens keine bekommen können. Diesen Mangel sollte der Magistrat schleunigst in der Weise ändern, daß der Verkauf wie früher nach Nummern erfolgt. Diese bewährte Einrichtung ist ganz außer Übung gekommen.

Mg. Abgabe von Lebensmitteln. Der Magistrat macht in der heutigen Nummer unserer Zeitung wiederum die Lebensmittel, Butter- und Kartoffelrationen erhältlich. Anstelle der in der Woche vom 5. bis 11. August fehlenden 200 Gramm Brot werden 200 Gramm Zucker auf die Lebensmittelration in den in der Bekanntmachung genannten Geschäften verabfolgt.

Der Laubfütterer. Die Pferde an der Front bekommen das gesammelte Laub in Gestalt von Laubfütterer, da durch die feine Vermahlung eine viel bessere Ausnützung im Magen stattfindet, andererseits große Ersparnisse an Transportkosten und eine bequemere Handhabung möglich wird.

Das Laub wird zuvor oblig getrocknet, hernach zu feinem Laubmehl vermahlen, und nun mit Melasse unter hohem Druck zu Laubfütterer gepreßt. Durch das feine Vermahlen werden die Zellwände teilweise zerrissen, und die wertvollen Nährstoffe in den Zellen den Magensaften zugänglich gemacht, wodurch sich der Nährwert des Laubes beträchtlich steigert. Zweitens übert die feine Vermahlung festere Kuchen mit kleineren Zwischenräumen, die die Schimmelbildung schwerer auskommen lassen, das Verderben also hindern.

Auf diese Weise wird aus unserm Baumlaub ein recht wertvolles Futter gemacht. Der Befund der Analyse des Tierphysiologischen Instituts der Kgl. Landw. Hochschule in Berlin ergab, daß dieser Laubfütterer aus verdaulicher Substanz besteht: 9,37 Prozent Rohfaser, 5,88 Prozent Fett, 7,25 Prozent Protein und 26,79 Prozent stickstofffreie Bestandteile, jedoch sich ein Stärkemehl von 42,4 Kilogramm auf den Doppelgewicht ergibt. Dieser Stärkemehl übertrifft also selbst vorzügliches Heu noch so erheblich, daß, wenn 8,2 Kilogramm Heu für ein Pferd von 500 Kilogramm Gewicht als Erhaltungsfutter ausreichen, von Laubfütterer nur 5,2 Kilogramm benötigt werden; mithin ist der Laubfütterer um 64 Prozent nährhafter und steht mittlerem Hafer nahezu gleich.

* Durchsicht von Reisepässen. Man hört vielfach, daß Gesundheitsprüfungen auf rationierte Lebensmittel und Beschlagnahmen in den Eisenbahnen von den Eisenbahnverwaltungen als unzulässig bezeichnet seien und in Zukunft unterbleiben sollten. Diese Nachricht ist irtümlich; sie dürfte, wie verläutet, darauf zurückzuführen sein, daß für die preussisch-bessischen Bahnen eine Dienstverordnung erlassen ist, demzufolge die Häufung solcher Revisionen, die

neuerdings den Verkehr zwischen Nord und Süd, die rechtliche Zulässigkeit solcher Durchführungen ist jedoch unbestritten.

Regelung des Pferdefleischverkehrs. Am 1. August treten die Bestimmungen in Kraft, die die Staatskommission für Volksernährung zur Regelung des Pferdefleischverkehrs erlassen haben. Die ausführenden Behörden sind die Provinzialfleischstellen. Diefen steht die Zulassung von Personen oder Stellen zum Verkauf von Pferden zur Schlachtung, zum Betrieb des Rohfleischergewerbes und zum Handel mit Pferdefleisch zu. Die Genehmigung ist bis auf Widerruf zu erteilen und hat Gültigkeit nur für den Bezirk der Genehmigung erteilenden Stelle. Ueber Beschwerden wegen Verletzung und Entziehung der Genehmigung entscheidet das Landesfleischamt endgültig. Das Landesfleischamt und mit seiner Ermächtigung die Provinzialfleischstellen können im Falle des Bedarfs Richtpreise für Schlachtpferde festsetzen. Ferner können die Provinzialfleischstellen über die Verwendung und Verteilung der in ihrem Bezirk geschlachteten Pferde Bestimmungen treffen und sie überwachen; sie können insbesondere anordnen, daß das Fleisch ausgeschlachteter Pferde nur an die von der Provinzialfleischstelle bezeichneten Stellen und in der von der Provinzialfleischstelle zu bestimmenden Menge abgegeben werden darf. Als solche zum Empfang berechtigten Stellen kommen entweder Kommunalverbände oder Vereinigungen von solchen oder sonstige Lebensmittelverteilungsstellen (Industrieversorgungsstellen) in Betracht. Diese Stellen haben das Fleisch entweder für Massenlieferungen zu verwenden oder Einrichtungen zu treffen, daß es der münderbemittelten Bevölkerung zu einem mäßigen Preise ausgeführt wird.

Erhöhung der Kriegsbeschädigtenrente.

Nach Verfügung des Kriegsministers werden Verfassungsberechtigten, bei denen eine Erwerbsunfähigkeit von mindestens 50 Prozent vorliegt, folgende widerrufliche Leberrenten zugewährt:

bis 50%	bis auschl. 60%	Erwerbsunfähigkeit	= 120 Mfr. jährlich
60	70		= 180
70	80		= 240
80	90		= 300
90	100		= 360
100			= 432

Die Erhöhung gilt ab 1. Juli 1918.

Die Verfügung, die das Los der Kriegsbeschädigten wenigstens einigermaßen verbessert, ist auf das fortgesetzte Drängen des Reichstages, insbesondere der sozialdemokratischen Fraktionen zurückzuführen, das durch die Arbeit des „Reichsbundes ehemaliger Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigter“ eine kräftige Unterstützung fand. Bekanntlich ist der als „sozialdemokratisch“ verkürzte, obgleich parteipolitisch farblose „Reichsbund“ von einem gelben Konföderationsverbande bekämpft worden, weil an eine Herabsetzung des Rauschgiftverforgungspreises während des Krieges gar nicht zu denken sei.

Auch die Rentenrückfälle machen die Kriegsbeschädigten nach lange nicht zu Kriegsgewinnlern, aber etwas ist, trotz der unverständlichen artigen Haltung des Effener Verbandes, doch erreicht!

Höhere Einkommensgrenze für die Angehörigenversicherung.

Der Bundesrat dürfte demnächst auf Grund des Ermächtigungsgesetzes eine Verordnung zur Abänderung des Versicherungsgegesetzes für Angestellte erlassen, durch die für die Zeit des Krieges und der folgenden Uebergangszeit bis zur Rückkehr normaler Verhältnisse in unserm Berufsleben die Einkommensgrenze für die Versicherungspflicht heraufgehoben wird. Mit Rücksicht darauf, daß die Zahl der zahlreicher Angestellter infolge der Entwertung des Geldes erheblich erhöht sind, ohne daß dadurch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse eingetreten ist, haben verschiedene Verbände von Angestellten an den Reichstag und die Reichsregierung Anträge auf Erhöhung der Einkommensgrenze gerichtet. Teilweise gehen diese Anträge dahin, die Einkommensgrenze für die Versicherungspflicht überhaupt aufzuheben. Daß diese Wünsche Aussicht auf Erfolg haben, ist nicht anzunehmen, und zwar aus denselben Gründen, die früherzeit bei Erlass des Gesetzes für die Festsetzung einer Einkommensgrenze maßgebend waren. Andre Verbände haben eine Herabsetzung der Einkommensgrenze bis zu 5000 Mark in Vorschlag gebracht. Da nach dem geltenden Gesetz die Versicherungspflicht bis zu einem Jahresverdienst von 5000 Mark besteht, erscheint eine solche Grenze jedenfalls nicht zu hoch gegriffen. Sie dürfte vielmehr den gegenwärtigen Verhältnissen in der Befolgung der Privatangehörigen Rechnung tragen. Der Reichstag hat zu der Frage selbst mit Stellung genommen. Er hat sich nämlich darauf beschränkt, die von den Angestelltenverbänden eingegangenen Petitionen dem Reichstanzler zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Erhalten Kriegsgetraute Unterstützung?

Sehr häufig wird angefragt, wie es mit der Behrnterstützung für Kriegsgetraute steht, ob sie noch gezahlt wird oder nicht. Wir können darauf nur antworten: Selbstverständlich müssen die Kriegsgetrauten unterstützt werden; freilich, nach dem Gesetz nur dann, wenn sie bedürftig sind. Darauf vor allem kommt es an.

Nun entsteht sofort die Frage: Wann ist eine Kriegsgetraute bedürftig? Am Gesetz steht darüber nichts, und so haben die Versicherungsverbände, die Gemeindefürsorge und Landrats- und Kreisräte einen ziemlich freien Spielraum. Kein Wunder, daß die Klagen über Verzögerung von Behrnterstützung an Kriegsgetraute nicht abnehmen. Diese Klagen sind auch bis zum Reichstanzler gedrungen, der sich daraufhin bemüht, an länderliche Bundesregierungen ein Rundschreiben zu richten, worin empfohlen wird, die Unterstützung der Kriegsgetrauten in jedem Falle wohlwollend zu prüfen.

Im dem Rundschreiben des Reichstanzlers heißt es u. a.: „Wiederholt ist — auch von anderer Seite — Klage darüber erhoben worden, daß Kriegsgetrauten Ehefrauen die Familienunterstützung zu Unrecht verweigert werde. Zunächst ist angeordnet worden, bestimmte Grundfälle darüber aufzuklären, wie gegenüber Angehörigen Kriegsgetrauter Ehefrauen auf Gewährung der Familienunterstützung zu verfahren ist. Ich habe mich demgegenüber ablehnend verhalten. Denn einmal hängt die Frage der Gewährung oder Nichtgewährung der Familienunterstützung auch bei Kriegsgetrauten in erster Linie von der Feststellung der Bedürftigkeit ab, deren Prüfung den Versicherungsverbänden allein überlassen bleiben muß. Dann aber liegen die Fälle zu berücksichtigen, um für ihre Behandlung allgemeine Richtlinien aufzustellen.“

Beiläufig, wie der Reichstanzler weiter sagt, die Verletzung der Unterstützung gerade bei Kriegsgetrauten vielfach Erbitterung hervorgerufen zu haben scheint, der in der jetzigen Zeit möglichst vorzugehen werden muß, sollen die Versicherungsverbände jeden einzelnen Fall eingehend und wohlwollend prüfen. Des ist genug für den Erfolg, aber helfen wird es kaum. Das beste wäre in der Tat, bestimmte Grundfälle über die Unterstützung an Kriegsgetraute aufzustellen. Möglich ist das schon, obwohl die Fälle meist recht verwickelt sind.

Das Kinderheim der Kaiserlichen Werft.

Das Arbeiteramt der Kaiserlichen Werft schreibt uns: „Der Krieg hat manche Veränderung herbeigeführt. Früher waren die Frauen im allgemeinen keine anderen Pflichten als die Frauen- und Hausarbeiten und die Sorge für ihre Hausarbeit. Da waren ein hübscher, harter Barmherzig für eine Frau, wenn ihre Kinder ohne Pflege und Aufsicht mit auf der Straße herumhüpfen. Durch den langen, unheilvollen Krieg empfinden wir nun eine ganz andere Lage. Der Mann und Vater, der sonst für das tägliche Brot gesorgt hat, ist nicht zu Hause. Draußen an der Front hat er seine Pflichten zu tun. Das ist ein schweres Los. Der Mann hat seine Pflichten zu tun. Der Mann hat seine Pflichten zu tun. Der Mann hat seine Pflichten zu tun.“

Schuldigen, in die Werkstätten. Kein Geld ist der Frau verschaffen geblieben. An alles muß sie heran. Da ist es natürlich, daß ihre Hausarbeit, ihre Kinder darunter leiden. Denn beides zu vereinigen, die Arbeit des Mannes mit den Pflichten der Mutter, ist ihr wohl kaum möglich.

Um den in der Fabrik arbeitenden Frauen zu helfen, oder die Wege zu finden, wie man ihnen helfen könnte, stellte man fast überall in größeren Betrieben Kinderpflegerinnen ein. Frauen, die in sozialer Arbeit vorgebildet sind und Blick und Herz für soziale Notfälle haben.

Aber in Danzig hat fast jeder größere Betrieb seine Kinderpflegerin, deren Wirken schon in mancherlei Hinsicht fühlbar geworden ist.

Die Kinderpflegerin in der Kaiserlichen Werft hier in Danzig hat auf ihren Gängen in die Häuser der Arbeiterinnen sich ganz besonders der häufigsten angenommen, in denen sich die Kinder tagsüber allein überlassen waren, ohne Aufsicht, ohne Mutter, ohne Pflege. Sie kam aber bald zu der Einsicht, daß sie diesen Familien nicht genügend, und niemals dauernd helfen könnte, da sie ja doch nur geringe Zeit für den Einzelnen übrig hatte. Es waren ja nicht nur allein die aufstehenden Kinder, denen sie ihre Hilfe zuteil werden lassen wollte, sondern auch die Mütter auf der Werft, und manch andere Frauen suchten ihren Rat und ihre Hilfe. Ihren Anregungen folgend, hat die Kaiserliche Werft ein Kinderheim errichtet, zu dessen Bau und Ausstattung das Reichsmarineamt bereitwillig beträchtliche Mittel bewilligt hat. Die Frau des Oberverwaltungsleiters hat dem Kinderheim mit der Einrichtung und Ausstattung ihr reinstes Interesse zugewandt.

Das Kinderheim umfaßt drei Abteilungen: Die Säuglinge, die Tag und Nacht im Heim bleiben, die Kleinkinder bis zu 6 Jahren, die sich den ganzen Tag dort aufhalten und die Schulkinder, die ihre freie Zeit dort zubringen.

Für die Säuglinge sind zwei ausgebildete Säuglingspflegerinnen angestellt. Es wird darauf geachtet, daß die Mütter ihre Kinder selbst stillen, und dazu wird ihnen von der Werft in entgegenkommender Weise Freiheit ohne Lohnabzug gewährt. Alles ist hierfür aufs Beste eingerichtet.

Die Kleinkinder sind zwei Kindergärtnerinnen anvertraut, deren reichhaltigstes Material an Spielzeug, Handarbeiten, Beschäftigungsgegenständen, Büchern, Spielplatz mit Rasen und Sandhof zur Verfügung steht.

An der Hand einer freundlichen Schulschwester gehen die Kinder durch die Schule. Sie erleichtert ihnen das Lernen und würt es ihnen mit Spiel und Sang.

Das ganze Kinderheim untersteht in ärztlicher Beziehung der Leitung eines leidtragenden Kinderarztes, der mit viel Lieb und Verständnis sich der Kleinen annimmt und denen die Schwestern bei Ausübung seiner Tätigkeit hilfreich zur Hand gehen.

Der Jugend gehört die Zukunft. Für die kommenden Generationen, für ihr Glück und ihr Wohlergehen bluten die Väter an der Front, arbeiten die Heimkrieger und Heimkriegerinnen zu Hause. Möge Segen des Erfolges auf dem warmen Liebes entflammenden Werke ruhen!

Aus Westpreußen

Kommunales aus Joppot.

Für jeden, der sich um kommunale Angelegenheiten kümmert, bieten manche Stadtverordneten-Versammlungen in Joppot unschätzbare Fundgruben. Besonders lehrreich ist die letzte Stadtverordneten-Versammlung, die zu einem wichtigen Magistrat- und Turbauausschusses Vermittlungshoff ausgebrochenen Streit über die Höhe der Pachtsumme für 1917 Stellung nehmen sollte. Der Magistrat verlangte die volle Pachtsumme von 40 000 Mark. Vermittlungshoff bot nur 30 000 Mark. Er zahlte 20 000 Mark und stellte dem Magistrat anbieten, ihm wegen der restlichen 10 000 Mark zu verpfänden. Die Stadtverordneten-Versammlung lehnte den Klageantrag des Magistrats ab. Sie wählte eine Kommission, in die der Magistrat 2 Mitglieder entsenden soll. Diese aus 5 Personen bestehende Kommission soll mit Vermittlungshoff verhandeln.

Wir können nicht begreifen, was es in diesem Falle zu verhandeln gibt. Beide streitende Parteien haben einen Vertrag miteinander geschlossen, in dem doch sicherlich die Höhe der Pachtsumme angegeben sein wird. Ist das aber der Fall, so ist dadurch eine genügende Rechtsgrundlage für ein erfolgreiches gerichtliches Vorgehen gegen den Pächter vorhanden, der sich weigert, den Pachtvertrag zu erfüllen. Warum wählte die Stadtverordneten-Versammlung nicht diesen geraden Weg? Ist der Einfluß von Vermittlungshoff in Joppot so groß, daß kein Wille unter allen Umständen respektiert wird?

Daß ein solcher Fall, wie dieser, überhaupt möglich ist, ist leider dem „elendesten aller Rechtssysteme“ und dem Hausbesitzprivileg zuzuschreiben. Mit ihrer Beiseitigung dürften auch diese interessanten Stadtverordneten-Versammlungen in Joppot verschwinden.

Daß die Errichtung eines jüdischen Arbeitsnachweises abgelehnt wurde, gehört einfach zu dem oben gezeichneten Bilde. Es wird Zeit, daß die Arbeiter in Joppot sich ein wenig um die jüdischen Angelegenheiten kümmern und sich organisieren. Nur so wird es möglich sein, einen anderen Geist in das Joppoter Stadtparlament zu bringen.

Am Sonntag den 11. August wird wieder eine öffentliche Volkserkundung im Joppoter Hof stattfinden, auf die wir schon jetzt aufmerksam machen.

Obra. Eine Sitzung des Ernährungsausschusses fand hier am 31. Juli statt, die sich hauptsächlich um die Kartoffelverforgung beschäftigte. Die Gemeinde hat bisher die Kartoffeln selbst beschafft und verteilt. Diese Aufgabe ist jetzt Herrn Rathelius übertragen worden. Er ist verpflichtet, für rechtzeitige Anlieferung und Verteilung zu sorgen. Laut Beschluß des Ernährungsausschusses sind für den verkauften Zentner Kartoffeln monatlich 20 Pf. an die Gemeinde abzuführen. Ferner behält sich der Ausschuss das Recht vor, alle 14 Tage den Kartoffelpreis festzusetzen sowie über die zu verausgabende Menge zu bestimmen.

Eine rege Debatte entspann sich über die Verteilung der Kürbissen. Diese wurden ohne Wissen und Willen des Ernährungsausschusses der Bevölkerung ausgezogen. Genosse Walz kritisierte hauptsächlich diesen Fall und verlangte, daß der Teil der Bevölkerung, dem die Kürbisse ausgezogen wurden, entschädigt werde. Diese Wissen des Ausschusses dürfen solche Fälle unter keinen Umständen mehr vorkommen. Amtsverwalter Sinder jagte dies zu. An demjenigen, dem die Kürbisse ausgezogen sind, sind bei der letzten Verteilung 9 Pfund Kartoffeln gegeben worden. Der Kartoffelpreis wurde auf Antrag des Genossen Walz auf 11 Pf. pro Pfund herabgesetzt.

Auf Antrag stellte die Regierung der Gemeinde 1000 Mark zur Verfügung, um zwei Fischen- und Fischholz, zum

Wesen von 9, 11 und 12 Mt. pro Kilo für die Verteilung. Da die Anfuhr und Transport hohe Kosten verursachen, so muß damit gerechnet werden, daß der Kilo auf über 30 Mt. zu stehen kommen wird. Dorf kann der hohen Kosten wegen von der Gemeinde nicht beschafft werden.

Die Verteilung von Nahrung ist schon wiederholt von den Vertretern der Arbeiter im Ernährungsausschuss verlangt worden. Aber immer ist der Bescheid gegeben, daß der Gemeinde noch kein Nahrung überlassen worden ist. Es wäre endlich an der Zeit, daß die Anlieferung erfolgt, denn an Nahrung ist großer Mangel.

Für ein Vierpfundbrot nehmen Bäcker 90, 95, 100 und 105 Pf. Genosse Walz bringt diese Preisunterschiede zur Sprache, worauf erwidert wurde, daß das Brot aus teurem Weizen- und Getreidemehl hergestellt und deshalb ein höherer Preis genommen werde.

Ueber den Antrag des Gemeindevorstandes Rehwald zwecks Verringerung der Kassenanschläge der Kartoffelverkaufsstelle Ostbahn entspann sich eine rege Debatte. Es wurde eine bessere Kontrolle über den Verkauf in der Ostbahn verlangt. Herr Rathelius, der die Kartoffelausgabe besorgt, wies darauf hin, daß Herr Scharping, wie schon einmal, so auch bei der vorletzten Kartoffelausgabe, sein Amt bereits vor Schluß der Ausgabe verlassen und das mit ihm arbeitende Fräulein mit der Kasse allein gelassen habe, obwohl er die Pflicht hatte, am Schluß der Ausgabe die Menge der verkauften Kartoffeln mit der erzielten Einnahme zu vergleichen und den Kassenabluß zu machen. Die Sitzung beschloß, Herrn Scharping von diesem Amt zu entheben.

Eine wichtige Parteiverammlung findet Mittwoch, den 7. August abends 8 Uhr, in der Ostbahn statt. Die Mitglieder werde ersucht, vollständig zu erscheinen.

Obra. Wegen Höchstpreisüberschreitung bei dem Verkauf von Eiern wurde Frau Doschke, Rabanenstraße, zu 50 Mt. Geldstrafe verurteilt. Die gute Frau hatte für eine Mandel Eier 9 bis 10 Mt. verlangt. Allzu schmerzhaft ist die Strafe nicht, aber die Tatsache der gerichtlichen Bestrafung kann doch gelegentlich unangenehm empfunden werden.

Die Elbinger „Unabhängigen“.

Die bisher, nach einem Bericht der „Leipziger Volkszeitung“, sich keinen festen Verein schaffen konnten, haben nun, wie uns aus Elbing berichtet wird, am Dienstag im Volkshaus eine Versammlung im Beisein des Parteisekretärs Linde-Rönigsberg abgehalten und einen Verein gegründet.

Unsere Genossen werden aus dieser Tatsache die richtige Lehre ziehen und die durch dies wortbrüchige Verhalten jener Elemente in unsere Reihen gerissene Lücke möglichst schnell wieder ausfüllen.

Aus aller Welt

Schweres Eisenbahnunglück

40 Tote, 21 Verletzte.

Von einem schweren Unglück wurde am Dienstag vor-mittag der Schnellzug betroffen, der von Schneidemühl nach Berlin fährt und kurz vor Zantoch um 9 Uhr 10 Minuten vor-mittags entgleiste. Es erfolgte eine Explosion, bei der sieben Wagen verbrannten und nach den letzten Meldungen 40 Passagiere den Tod erlitten, 19 schwer und 2 leicht verletzt wurden.

Das Bild der Unfallstelle.

Berlin, 31. Juli. Die Unfallstätte bietet das Bild eines unglaublichen Chaos. Von den Insassen des D-Zuges haben viele schwere Verletzungen oder Brandwunden erlitten. Manche wurden in den Trümmern eingeklemmt und hilflos den Flammen preisgegeben. Ein Marinearzt, eine Krankenschwester und ein Soldat aus dem D-Zuge arbeiteten unter Aufbietung aller Kräfte, um die Verwundeten aus ihrer qualvollen Lage zu befreien. Inzwischen sind Rettungszüge auf der Unfallstelle angekommen.

„Kanzler, schaffe Gold!“

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht „Das freie Wort“ in seiner letzten Nummer einen Artikel, in dem auf Stellen hingewiesen wird, wo Gold noch in ungeheuren Mengen aufgeschichtet ist und mühelos herausgeholt werden könnte: die Kirchen, die Klöster, Kapellen und nicht zuletzt die Wallfahrtsorte bergen Milliardenwerte an Gold, das hier nur ein totes Kapital bildet. Ziel angebracht wäre es, diese Milliardenwerte so anzulegen, daß sie der Allgemeinheit Nutzen bringen könnten. Sehr richtig fragt der Verfasser des Aufsatzes, ob denn „Gott und die Heiligen dieser Dinge bedürfen? Warum das Gold angänglich können? Dürften wir anderen Blut und Leben spenken? ... Warum also wollen die Hüter der Kirchen- und Klosterschätze nicht auch ihr Gold freiwillig auf dem Altar des Vaterlandes niederlegen? Glauben sie etwa, daß Gott ihnen darum zürnen würde?“

In einem Appell an den Reichstanzler wird dieser ersucht, „den Ruf ergehen zu lassen und so dem stummen Wünsche von Millionen, vielleicht auch vieler Geistlicher und Ordensleute Ausdruck zu geben.“ Nachdem das Volk sein Blut und Gut hingegeben hat, „mögen auch Kirchen, Klöster und Kapellen ihre Schatzkammern öffnen und, wie zur Zeit der Kreuzzüge, mögen alle Gläubigen mit Ihnen, Herr Kanzler, der Sie immer zu Ihren Führern gehört haben, einstimmen in den Ruf: Gott will es!“

Neuer Zugüberfall bei Duisburg. Bei Duisburg wurde abermals auf einen Güterzug nachts ein Raubüberfall verübt. Drei Männer sprangen auf den letzten Wagen des Zuges, bedrohten die Beamten mit dem Revolver und durchsuchten den Wagen, der jedoch nur Eisenbahnwerkzeuge enthielt, worauf die Räuber wieder absprangen. Ueber die Eisenbahnüberfälle wurde höheren Ortes ein Bericht eingefordert und strenge Untersuchung angeordnet. Bei dem letzten Überfall blieb es bei der Bedrohung der Beamten mit geladenem Revolver, da sich in dem Wagen nur Eisenbahnwerkzeuge befanden, die für die Räuber keinen Wert hatten.

Die Durchstichereien bei der J. E. G., wegen denen der Beamte der J. E. G., Lippert, und der Diebstahlkommissionär Henke verhaftet worden sind, beschäftigen noch den Untersuchungsrichter. Die Untersuchung gegen Lippert und Henke ist übrigens auf Antrag der J. E. G. eingestellt worden. Es wurde ermittelt, daß Lippert von Henke 400 000 Mark erhalten hatte. Lippert behauptete, daß es sich um ein Darlehen handelte; es wird aber angenommen, daß er sich bei der Vergebung von Schlachtaufträgen Sondervergünstigungen verschafft habe. Lippert soll bei der Vergebung der Schlachtaufträge Henke bevorzugt und dafür von diesem erhebliche Summen erhalten haben.

Politische Wochenchau

Friedensarbeit

Amerika wünscht Verhandlungen über Gefangenen-Austausch

Berlin, 30. Juli. („N. N. Z.“) Wie wir erfahren, hat Amerika an uns die Frage gerichtet, ob wir bereit wären, mit amerikanischen Delegierten über den Austausch von Kriegs- und Zivilgefangenen zu verhandeln. Von deutscher Seite ist darauf grundsätzlich bejahend geantwortet worden.

So wenig schließlich auch Verhandlungen über den Austausch von Gefangenen rein formell für die Frage der Friedensanhahnung bedeuten, so ungemein wertvoll ist es doch, wenn über die Ökonomie von Verständnistlosigkeit hinweg die Staatsleitungen der kämpfenden Völker überhaupt wieder mit einander in Verbindung treten. Darum scheint uns diese Nachricht an der Schwelle des schon fünften Kriegsjahres doch bedeutungsvoll.

Et.: Friedensruf aus Belgien

Berlin, 31. Juli. Die „Tägliche Rundschau“ gibt die Meldung des Brüsseler Vertreters der „Köln. Volkszeitung“ wieder, wonach der Wallonier, Major, Generaldirektor des höheren Unterrichtswesens für Wallonien, Menginens, einen offenen Brief an den belgischen König richtete, in dem er diesen bittet, sich für einen baldigen Frieden einzusetzen, da das belgische Volk am Ende seiner Kräfte sei.

Graf Czernin für den Rumänen „Brief“

W. I. B. Wien, 29. Juli. Das Herrenhaus nahm am 29. Juli das Budgetprovisorium an. Im Herrenhaus erklärte Graf Czernin gegenüber der unrichtigen Darstellung in einem Teil der Auslands- und Presse über den Schritt des Kaisers beim rumänischen König, daß der Schritt auf seinen Rat und unter seiner vollen ministeriellen Verantwortung erfolgte. In Brief habe er aus guter Quelle die Nachricht erhalten, daß der König von Rumänien seine isolierte und daher hoffnungslose Lage zu verstehen beginne und einen Weg suche, um sich mit Kaiser Karl in Verbindung setzen zu können. Ich stellte diesen Wunsch des rumänischen Königs dem Staatssekretär v. Kihlmann mit und ließ dem Kaiser zu dem Schritt, der seitdem bereits verlaubar wurde. Er hatte den Erfolg, daß der letzte Verzweiflungskampf Rumäniens vermieden und der sofortige Frieden herbeigeführt wurde. (Gebührender Beifall.) Czernin wiederholte, daß er die volle Verantwortung für diesen Schritt auf sich nehme. Es sei nie die Aufgabe der Diplomatie, unter schweren eigenen Opfern den Kampf bis zur vollen Vernichtung des Gegners weiterzuführen, sondern sobald wie möglich einen ehrenvollen Frieden zu erreichen. (Gebührender Beifall und Handclatschen.) Das Herrenhaus trat sodann seine Sommerferien an.

Zweifelhafte russisch-ukrainische Friedensverhandlungen

Zürich, 30. Juli. (Nat.-Ztg.) Laut der „Neuesten Zürcher Zeitung“ meldet das ukrainische Telegraphenbüro aus Kiew, daß die russisch-ukrainischen Friedensverhandlungen in ein kritisches Stadium eingetreten seien, da die russische Abordnung die Ukraine von Gebieten verlange, welche zweifellos ukrainisch sind.

Deutschland

Was ist versprochen?

Genosse Scheidemann hatte in einer Versammlung in Kassel mitgeteilt, daß sowohl Bayer als Hertling die Auflösung des Landtags noch in diesem Jahre versprochen hätten, wenn nicht das gleiche Wahlrecht bis dahin erfüllt sei. Diese Meinung Scheidemanns wurde nun von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung als ein Mißverständnis darzustellen versucht. Darauf schreibt nun Genosse Scheidemann dem „Vorwärts“:

Die Versuche der „Nordd. Allg. Ztg.“, an den klaren Bedingungen, die der Herr Reichstagsler Graf Hertling dem Abgeordneten Ebert und mir gegenüber in der Wahlrechtsfrage gemacht hat, zu deuten, zwingen mich, mit aller Deutlichkeit festzustellen, was ich in meiner Casseler Rede nur beiläufig gesagt habe. Ich bin übrigens dazu berechtigt, weil der Herr Reichstagsler auf unsere Frage uns ausdrücklich angeheimgestellt hat, von seinen Mitteilungen gelegentlich Gebrauch zu machen. Ich lässe mich hier auf die Notizen, die unmittelbar nach den in Betracht kommenden Unterredungen von uns gemacht worden sind, um die Fraktion so genau als möglich informieren zu können.

Am 3. Juni hatten mein Kollege Ebert und ich eine eingehende Unterredung mit dem Herrn Vizekanzler v. Bayer. Im Laufe der Unterredung kamen wir auch auf das Verhalten der Regierung in der preussischen Wahlrechtsfrage zu sprechen. Unter deutschem Hinweis auf eine von uns ausgesprochene Vermutung, die er aber als falsch bezeichnete, sagte Herr v. Bayer dann:

Es bestehe der feste Entschluß, den Landtag aufzulösen, auch im Falle, wenn nicht in absehbarer Zeit eine Lösung gefunden wird, die nach der Überzeugung des Reichstanzlers, der in dieser Frage vollkommen konform mit ihm (v. Bayer) gehe, befriedigend sei. Das Versprechen, das gleiche Wahlrecht zu schaffen, müsse eingelöst werden.

Auf unsere Frage, was Herr v. Bayer unter „in absehbarer Zeit“ verstehe, antwortete er: „Bis zum Winter.“ Er stellte uns dann anheim, uns vom Reichstanzler selbst bestätigen zu lassen, was er uns gesagt habe. Aus politischen Gründen legen wir allerdings Wert darauf, die Befristung noch direkt vom Reichstanzler zu erhalten. Wir wurden dann am 5. Juni zum Herrn Reichstanzler gebeten, der uns u. a. sagte: Herr v. Bayer habe ihn über unsere Unterredung unterrichtet. Er könne nur alles bestätigen, was uns Herr v. Bayer gesagt habe. Er stehe zu dem Wahlrechtsversprechen. Er habe noch nie ein gegebenes Wort nicht gehalten. Danach werde er auch bei dieser Frage handeln. Er sei entschlossen, alles zu tun, um das gleiche Wahlrecht durchzuführen. Er habe die Vollmacht zur Auflösung. Für ihn sei jetzt nur die Frage: „Wann ist der richtige Augenblick zur Auflösung gekommen?“

Darüber gab es eine längere Aussprache zwischen uns. Dabei bemerkten wir schließlich: Wenn Herr v. Bayer uns richtig informiert habe, so beobachtige der Reichstanzler noch vor dem Winter unter allen Umständen diese Entscheidung in der Wahlrechtsfrage herbeizuführen. Wir dürften das wohl so verstehen: Entweder ist das gleiche Wahlrecht vor dem Winter gefachert oder die Auflösung erfolgt? Der Reichstanzler antwortete:

„Darauf können Sie sich bestimmt verlassen. Entweder bis dahin eine Verständigung erzielt worden, oder der Landtag ist aufgelöst.“

Ueber die „Verständigung“ sprachen wir uns dann sehr deutlich aus. Ein Wahlrecht mit „Sicherungen“, wie es mehrfach verlangt worden sei, könnte und würde die Arbeiterschaft nicht als die Einlösung des förmlichen Versprechens des gleichen Wahlrechts anerkennen. Es wurde in diesem Zusammenhang vom Reichstanzler auf einen Artikel des Abgeordneten Glesberts im „Tag“ hingewiesen. Wir bezeichneten den Artikel Glesberts als eine ganz persönliche Schreibe, gegen die selbst die christliche Arbeiterschaft sich wehre, von den freigewerkschaftlich und sozialdemokratisch organisierten Arbeitern ganz zu schweigen. Darauf sagte uns der Reichstanzler:

„Was ist mir sehr wertvoll zu hören. Es bleibt also dabei: Entweder gibt es das gleiche Wahlrecht vor dem Winter oder die Auflösung.“

Noch ausführlicher zu werden, scheint mir jetzt nicht erforderlich.

In eingeweihten parlamentarischen Kreisen erzählt man sich neuerdings, daß aller Voraussicht nach das Herrenhaus nach Schaffung weiterer Sicherungen gegen die Radikalisierung des Parlaments ein Mehrstimmwahlrecht beschließen wird, das außer der Grundstimme zwei Zusatzstimmen vorstellt, die nicht an den Besitz, sondern an Alter und Familienstand geknüpft sind. Es heißt weiter, daß die Regierung trotzdem noch nicht zur Auflösung des Abgeordnetenhauses schreiten, sondern vielmehr die so gestaltete Vorlage auch an das Abgeordnetenhaus bringt und wenn sie dort Zustimmung gefunden hat, dem Beschluß beider Häuser des Landtags zunächst beitreten will. Unmittelbar nach dem das neue Wahlgesetz die Unterschrift des Königs erhalten und damit die Gesetzeskraft erlangt hat, soll dann das Abgeordnetenhaus aufgelöst und die Neuwahlen nach dem neuen Gesetz ausgeschrieben werden. Dem auf Grund dieses Gesetzes gewählten neuen Landtag soll dann eine neue Wahlrechtsvorlage unterbreitet werden, die das gleiche Wahlrecht vorsieht. Findet sich hierfür nicht die verfassungsmäßig vorgeschriebene Mehrheit, so glaube die Regierung sich beruhigen zu sollen, da sie ihre Pflicht erfüllt und alles versucht habe, um dem gleichen Wahlrecht zum Siege zu verhelfen.

Einstweilen vermögen wir an die Darstellung noch nicht zu glauben. Würde sie zutreffen, so wäre die Rolle, die die Regierung hierbei spielt, eine mehr als zweideutige, denn dadurch, daß sie einer Vorlage zustimmt, die neben anderen Sicherungen auch eine qualifizierte Mehrheit für zukünftige Änderungen des Wahlrechts enthält, würde sie selbst den Weg zu einer späteren Reform verrammelt haben und sich den Vorwurf zuziehen, daß es ihr mit dem gleichen Wahlrecht nicht ernst ist. Daß ein wie immer geartetes Mehrstimmwahlrecht, ja selbst das gleiche Wahlrecht bei der jetzigen Wahlweiseinteilung, die bekanntlich beibehalten werden soll, keine Zweidrittel- oder gar Dreiviertel-Mehrheit für ein freies Wahlgesetz einbringt, weiß die Regierung und deshalb ist, wenn anders sie wirklich auf dem Boden des gleichen Wahlrechts steht, ihre Pflicht, jedem Beschluß, der sich von dieser Grundlage entfernt, die Zustimmung zu verweigern. Will sie nicht den letzten Rest des Vertrauens im Volke verlieren, so bleibt ihr gar nichts anderes übrig, als für den Fall der Ablehnung des gleichen Wahlrechts durch das Herrenhaus endlich zur Auflösung zu schreiten und an die Wähler zu appellieren. Erfolgt der Appell an die Wähler erst nach der Einführung einer qualifizierten Mehrheit für Wahlrechtsänderungen, so würde das zwar nicht das heutige Wahlrecht, wohl aber einen Zustand verewigen heißen, unter dem die Rechte der Volksvertretung so beschnitten sind, daß sie nur noch ein Scheinwesen führen. Eine solche Verhöhnung würde und könnte das preussische und mit ihm das deutsche Volk sich nun und nimmer gefallen lassen.

Der fortschrittliche Landtagsabgeordnete Dr. Eichhoff erklärte in einem Vortrage, den er in einer Versammlung in Solingen hielt, daß er nach sicheren Erkundigungen wisse, daß der preussische Landtag zum Herbst oder Winter aufgelöst werde und Neuwahlen stattfinden würden.

Des Saanschwauers Juchthausdrang

Der westpreussische Rittergutsbesitzer v. Odenburg-Januschau hat am 17. Juli auf der Danziger Versammlung der landwirtschaftlichen Vereine Westpreußens den „Mann von bodenloser Rücksichtslosigkeit“ gefordert und das Schlagwort „Haus aus dem Juchthaus!“ geprägt. Er wollte die öffentliche Bewirtschaftung von Getreide und Fleisch, allenfalls auch von Kartoffeln, besteuern lassen. Von allen anderen Erzeugnissen sollte es heißen: Die Hand wegl! Gegen diese „großagrarische“ Forderung der Landwirtschaft wendet sich der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Hoff in der „Liberalen Korrespondenz“ mit scharfen Worten. Er schreibt u. a.:

„Oh, diese großagrarische „Führung“ unserer Landwirtschaft! Was hat sie der deutschen Landwirtschaft, deren Leistung jeder billige denkende Mann anerkennen wird, und dem deutschen Volke in diesem Kriege geschadet? Welches Maß von Verbitterung haben die Odenburg, Höpff, Dr. Köpcke, Schorlemer und wie sie alle heißen, in der konsumierenden Bevölkerung, welches Maß von Unzufriedenheit und Mißstand haben sie in der ländlichen Bevölkerung hervorgerufen, welche vermeintlichen Gefahren und Entbehrungen haben sie dem deutschen Volke gebracht?“

Niemand kann die Verantwortung dafür übernehmen, Herrn v. Odenburg und seinen Freunden auf ihren Wegen zu folgen. Der wirtschaftliche Zusammenbruch, die Hungersnot infolge Fehlens von Brot, Kartoffeln, Gemüse wäre die unausbleibliche, logische Folge. Ob der „Mann von bodenloser Rücksichtslosigkeit“ dann die Katastrophe noch abwenden könnte, dürfte ernstlich bezweifelt werden. Allerdings, diesem drausgängerischen Junker, der sich mit unmaßgeblicher Geißel über alle gegebenen Verhältnisse hinwegsetzt und dabei, was sympathisch an ihm ist, aus seinem Herzen keine Mordgrube macht, paßt die ganze Richtung nicht; weder in der Ernährungs-politik, noch endlich auf demjenigen der inneren Reformpolitik. Diese Sorte von Politikern möchte in dem Augenblick des schwersten Daseinskampfes des deutschen Volkes auch noch einen feisch-freudlichen Krieg im eigenen Volke eröffnen. Der Reichstanzler, unter dem geschloffen wird und der wieder schließt, der Mann der bodenlosen Rücksichtslosigkeit, ist das Ideal des Herrn v. Odenburg, das Maßstabmaß für ein letztes Dövelsargument. „Was Wunder, daß Balock und Waldow, obgleich konservative Männer, die mitten in der Praxis der Landwirtschaft stehen, ihm auf dem Ernährungsgebiet ebensowenig gefallen wie Bestmann, Hölweg und Hertling auf dem Gebiet der äußeren und inneren Politik. Was er bisher geschadet hat und noch schadet, wird er nimmermehr verantworten können.“

Der Verfasser weist dann im einzelnen nach, daß Österreich-Ungarn wegen seiner Besetzung des Odenburgischen Programms an den Rand des wirtschaftlichen Abgrundes gebracht wurde; umgekehrt hat das Danermland Dänemark durch künge Anpassung an die Kriegsverhältnisse die Volksernährung zu sichern verstanden.

Rußland

Was geht in der Ukraine vor?

Die Breslauer „Volkswacht“ schreibt: Die Menschen ändern sich nicht so rasch im Kriege, noch rascher vielleicht aber ändert sich unser Urteil über sie. In jenen hängigen Wintermonaten, in denen die Friedensverhandlungen mit Trost zum Stillstand kamen, sahen wir, daß im Süden Rußlands ein neues Reich entstanden sei, das von einer überaus intelligenten und sympathischen Regierung regiert werde. Diese intelligente und sympathische Regierung erklärte sich bereit, mit uns einen Separatfrieden zu schließen, und ganz Deutschland war erkrankt über die Weisheit und Charakterstärke dieser neuen Regierung eines jungen Staatswesens.

Einige Monate später erfuhren wir aus dem Reichstag, daß diese intelligente und sympathische Regierung im offenen Parlament vom deutschen Militär, das sie selber ins Land gerufen, verhaftet worden sei. Zu derselben Zeit wurde diese Regierung durch den Willen des ukrainischen Volkes (oder durch wen sonst?) gestürzt und an ihre Stelle trat jüdel- und sporenklingend durch den Willen des ukrainischen Volkes (oder durch wen sonst?) der Kosakenhetman Skoropadski. Die verhafteten Minister, die nun keine mehr waren, wurden alsbald wieder in Freiheit gesetzt, und offiziell wurde gemeldet, daß zwischen ihrer zeitweiligen Verhaftung und dem ukrainischen Regierungswechsel kein wie immer gearteter Zusammenhang bestehe.

Die intelligente und sympathische Regierung der Ukraine war nun abgetan und durch eine noch sympathischere und noch intelligentere ersetzt. Damals erfuhren wir, daß die Herren von der gestürzten Kadaregierung doch eigentlich recht unerfahren junge Leute gewesen seien, und daß es gut sei, an ihrer Stelle mit anderen Männern von reiferer Erfahrung wie dem erprobten Sarenegeneral Skoropadski und seinen kadettischen Ministern verhandeln zu können.

Seitdem sind wieder einige Wochen ins Land gegangen. Und nun erfahren wir durch Wolffs telegraphisches Bureau aus Kiew, daß der frühere ukrainische Ministerpräsident Golubowitsch und der Kriegsminister Shukowski zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurden, während der frühere Minister des Innern mit einem Jahre Gefängnis davonkam. Die Verurteilung dieser früheren Minister eines neutralen Staates erfolgte durch ein deutsches Feldgericht.

Die völkerrechtliche Grundlage zu untersuchen, auf der in der Ukraine deutsche Feldgerichte eröffnet werden konnten, wird für gelehrte Juristen sehr interessant sein. In einem Staat, mit dem man Krieg führt und dessen Gebiet man teilweise besetzt hält, ist die Sache ganz einfach und nach der Haager Landkriegsordnung ganz in Ordnung. Mit der Ukraine führen wir aber gar nicht Krieg, die Ukraine ist ein „neutraler Staat“, und wie in einem neutralen Staat Feldgerichte einer anderen Macht hineinkommen — das wird, wie gesagt, immer ein interessanter Fall für Professoren und Studenten des Völkerrechts bleiben.

Aber den Trost haben wir, daß es die Entente in Murnau nicht anders macht. Im Osten, mit dem wir dem Namen nach Frieden haben, wird abermals um die Macht gekämpft, die Macht, die allein gilt. Sagen wir das doch, wenn es einmal so ist, ganz aufrichtig. Wir sparen uns dadurch mancherlei Berlegenheiten.

Nun kommt aus Kiew die Nachricht von dem

Bombenattentat gegen Feldmarschall Eichhorn

und seinen persönlichen Adjutanten, Hauptmann v. Dreßler. Beide sind ihren Verletzungen erlegen. Die Attentäter sind verhaftet.

Feldmarschall von Eichhorn wurde bekannt durch den von ihm in der Ukraine befohlenen Feldbestellungserlaß und die im Reichstag stark kritisierten Vorgänge in der gesetzgebenden Versammlung der Ukraine, die sich vor Eintritt der Herrschaft des jetzigen Heimatsdiktators ereigneten.

Die russische Volkseinstimmung

Das „Berliner Tageblatt“ hat seinen als Kenner russischer Verhältnisse rühmlichst bekannten Mitarbeiter Hans Borst nach Rußland geschickt, um zuverlässige eigene Beobachtungen über die von diesseits ganz verworren scheinenden Verhältnisse der sozialistischen Sowjetrepublik zu machen. Was Borst zu erzählen weiß, ist hochinteressant. So schildert er von der Reise nach Moskau, wie tief das Volk auch geistig von der Revolution aufgerüttelt worden ist:

„Aber sobald man näher hinhorcht, so dringt einem von unten her die tiefe Grundüberzeugung von der Gleichheit der Menschenrechte entgegen, die im russischen Volke liegt. Der Gott sind alle gleich,“ jagte mir ein russischer Bauer, „warum sollten sie also nicht auch vor der Welt gleich sein?“ Man sieht auch bald, wie tief dieses Volk durch die Erfahrungen und Kämpfe der letzten Zeit politisiert ist. Die Politik beschäftigt sie alle, vom ersten bis zum letzten, oft mit qualvoller Dringlichkeit. Man ist überrascht, wie ein klares, natürliches und gesundes Urteil über die politischen Verhältnisse man bei einfachen Bauern findet, die nicht einmal des Schreibens und Lesens kundig sind.

Das Volk fühlt und sieht, daß sein elementares Streben nach Freiheit und Gleichheit und Glück es bisher immer tiefer in Wirral und Elend geführt hat. Bei jedem, mit dem man spricht, spürt man das leidenschaftliche Suchen nach einem Ausweg, wie die Freiheit zu retten und zugleich die Not und Misere zu lindern sei. Noch gehen die Meinungen weit, weit auseinander, noch ist keinerlei Uebereinstimmung, kein gemeinsamer Ausweg gefunden. Wird er sich finden lassen? Wer weiß? Aber der Geist des Volkes ist in Millionen von Köpfen angestrengt bei der Arbeit und auf der Suche.“

Arbeiter und Parteigenossen!
Agitiert für die Volkswacht!

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl. Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

